

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Klingerhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Adress für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telefon: Sopsdienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung möglich. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalettschluss, wenn nicht anders vereinbart. Drückort für beide Teile ist Berlin.

Berlin den 5. September 1930

Zentrum und Demokratie.

Die deutsche Schicksalsfrage.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Das eindeutige und klare Wahlziel aller Parteien rechts vom Zentrum ist eine Reichsregierung gegen die deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie. Die halblinke Deutsche Staatspartei gibt zwar diese Losung nicht mit derselben Deutlichkeit aus, aber auch ihr Wahlkampf gilt einer parlamentarischen Schwächung der Sozialdemokratie. Auch die Deutsche Staatspartei hält sich für eine Reichsregierung ohne die Sozialdemokratie bereit. Das Zentrum aber lässt sich alle Wege offen. Es ist nur eines sicher, dass es die starke führende Stellung, die es jetzt einnimmt, behalten und möglichst noch steigern will.

Nie war der Machtwille des Zentrums grösser als jetzt. Es will das Reich beherrschen. Die nur geringe Belastung mit politischen Grundsätzen erlaubt dem Zentrum nötigenfalls mit Kräften zu regieren, die zur demokratischen Republik nur geringe oder gar keine inneren Beziehungen haben. Man erinnere sich daran, dass sich die politische Freundschaft zwischen Dr. Brüning und Treviranus aus der christlich-konservativen Gedankenwelt, nicht etwa aus parlamentarisch-demokratischem Regierungswillen entwickelt hat.

Das Zentrum ist eine christlich-konservative Partei. Hinter diesem Charakter sind Staat und Staatsform, Demokratie und Parlamentarismus stets zurückgetreten. Das Zentrum leitet seine politische Willensbildung aus der universalen Geistigkeit des Katholizismus her und nicht aus zeitgebundenen demokratischen und sozialen Grundsätzen. Es hat die halbabsolutistische preussische Staatsform bejaht und sich in deren Rahmen durchzusetzen versucht. Es bejaht die demokratische Republik gewiss freudiger, denn sie gibt dem religiösen und dem politischen Katholizismus grössere Möglichkeiten. Nichts aber widerspricht der Auffassung, dass die Zentrumspartei auch mit anderen politischen Formen sich abfinden, sie unter Umständen sogar schaffen helfen wird, wenn sie deren Zweckmässigkeit als gegeben erachtet.

Darum geht der Versuch fehl, die Zentrumspartei in der Ausschliesslichkeit auf demokratische Grundsätze und eine demokratische Entwicklung festlegen zu wollen, wie etwa die Sozialdemokratie sie fordert und schützt. Das Zentrum war jahrzehntelang gegen eine volle Demokratie. Es hat das Frauenwahlrecht verworfen, das es jetzt freilich gerne hinnimmt, weil es grösseren Nutzen davon hat als jede andere Partei. Das Zentrum hat ein halbes Jahrhundert für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preussen nichts getan und hat insbesondere nie die volle Gleichberechtigung der Bürger in den Gemeinden gefordert. Die demokratischen Fortschritte sind dem Zentrum durch die Revolution aufgezwungen worden. Sollte es sich nicht auch einmal einen Rückschritt aufzwingen lassen? Sollten die sehr vielen Zentrumsanhänger, namentlich auf dem Lande, die jahrzehntelang Gegner der Demokratie waren, alle zu ihr sich bekehrt haben? Es ist schwer anzunehmen.

Aus dem Zentrumslager sind in diesem Wahlkampfe manche sonderbare Äusserungen über die Demokratie gefallen. Der zweite Vorsitzende der Zentrumspartei,

Herr Joos, hat in einer Rede, die von Hass und Verachtung gegen die Sozialdemokratie zeugte, erklärt, das Zentrum sei im Gegensatz zur Sozialdemokratie für eine gesunde Demokratie. Sucht man aber aus seiner uns fast in jedem Satz beschimpfenden Rede herauszuhören, warum eigentlich die Demokratie "krank" ist, so findet man die Antwort einfach darin: weil die Sozialdemokratie ablehnt, mit dem Zentrum eine bürgerlich-kapitalistische Klassenpolitik zu treiben.

Herr Kaas und andere fordern eine "Veredelung" der Demokratie. Das Gefährliche ist, dass keiner der Herren sagt, wie er die "kranke" Demokratie kurieren, wie er das demokratische System in Deutschland veredeln will. Man weiss aber, dass mindestens der Gedanke eines retardierenden Oberhauses im Zentrum viele Freunde hat. Schliesslich ist ja auch das "demokratische" Wahlrecht ein vieldeutiger Begriff.

Seit zwei Jahrzehnten sind nie mehr die christlichen Arbeiterführer so wild gegen die Sozialdemokratie vorgestossen wie jetzt. Der Kapitalismus und seine Sünden an den Arbeitern werden in diesen Reden kaum erwähnt. Der Feind steht links und ist die Sozialdemokratie. Herr Joos denkt sogar daran, dass die Bolschewisten von links und rechts bald uns den Garaus machen: "Vielleicht stehen die Schuhe derer schon vor der Türe, um eine verfahrenene Sozialdemokratie hinauszutragen." In der Tat: eine sonderbare Methode zur Gesundung der Demokratie.

In der "Kölnischen Volkszeitung" (No. 446) steht in einem Aufsatz "Das geheime Deutschland" der rätselhafte Satz:

"Was soll der Schrei nach Diktatur? Das geheime Deutschland sagt: Gut Diktatur, aber nur ein Diktator vom Vertrauen des ganzen Volkes."

Was sollen diese Spielereien mit dem Diktaturbegriff, mit dem Wahn, dass je ein Diktator von dem Vertrauen des ganzen Volkes emporgetragen werden könnte? Und der Reichskanzler Dr. Brüning selbst! Er scheint den Grundsatz der Verfassung, dass ein Ministerium, dem das Vertrauen des Reichstags fehlt, zurücktreten muss, gar nicht mehr zu kennen. Am 2. September hat er in Frankfurt a. Main gesagt:

"Es ist notwendig und es war notwendig, dass diese Reichsregierung, ob sie eine Mehrheit im Reichstage fand oder nicht, entschlossen den Weg zur Finanzsanierung in Angriff nehme, fortführe und schliesslich auch zu einem Ende fortführen wird und muss."

So spricht kein parlamentarischer Kanzler, der um eine Mehrheit im Volke und im Parlament wirbt. So redet ein Mann, der keine andre Möglichkeit des Regierens sieht als "diese", seine eigene Reichsregierung, und der entschlossen ist, auch gegen den Spruch des Volkes zu regieren. Wille und Erkenntnis seiner Regierung ist massgebend. Das ist eine schon stark "veredelte" Auffassung von Demokratie, und ihre "Gesundung" ist schon soweit fortgeschritten, dass sie kaum noch als Demokratie zu erkennen ist.

Und mit solchen Kräften ist Herr Brüning koalitiert? Nicht nur mit dem abenteuerlichen Herrn Treviranus, der durch eine Serie von Reichstagsauflösungen zum Staatsstreich will. Auch mit dem agrarisch-konservativen Schiele, der laut einer Rede in Herford "Lieber heute als morgen das heutige System zum Teufel jagen möchte...." Wenn er könnte! Wenn sie könnten, möchten es auch andere Leute, die weniger ehrlich reden als Herr Schiele. Bis tief in die Reihen des Zentrums und der Deutschen Staatspartei reichen die Anschauungen, die zweifeln, ob die Finanz- und Sozialreformen, an die sie denken, unter dem jetzigen System durchgeführt werden können. Man empfindet die demokratische Kontrolle als hemmend und lästig und maskiert diese Tatsache durch die Theorie, das demokratisch gewählte Parlament sei unfähig, die unpopulären Massnahmen zu treffen, die notwendig sind. Man denkt aber dabei, wie Brünings Notverordnungen zeigen, an einseitig gegen das Arbeitsvolk gerichtete Reformen. So freilich kann mit der Sozialdemokratie, so kann auf die Dauer überhaupt nicht mit der Demokratie regiert werden. In einem hochentwickelten Industrielande wird die Demokratie sozial oder sie wird nicht sein.

Die antisozialen Kräfte in Deutschland handeln nur folgerichtig, wenn sie antidemokratisch sind. Im Zentrum aber sind - das ist klar ersichtlich - die antisozialen und antidemokratischen Kräfte stärker geworden als vor einem Jahrzehnt. Das ist die grosse unmittelbare Gefahr für die innerpolitische Entwicklung. Diese Gefahr wird am besten gebannt durch einen Sieg der Sozialdemokratie, der es dem Zentrum unmöglich macht, die Bahn weiter zu betreten, die zur "Gesundung" und zur "Veredelung" der Demokratie durch einen Staatsstreich irgendwelcher Art führen muss.

SPD. Die Agitation der Kommunisten besteht im hasserfüllten Geschrei gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer. Seit zehn Jahren wälzt sich aus der kommunistischen Presse eine Schlammlut von Lüge, Verleumdung und gemeinster Beschimpfung gegen die Sozialdemokratie. Die niedrigsten Methoden der Revolver- und Erpresserpresse sind den Kommunisten gerade gut genug.

Die kommunistische Agitation ist die ins Krankhafte gesteigerte Sucht zu Lüge und Verleumdung.

Wenn dieser Sorte von Agitation aber die Schimpfworte ausgehen, so fängt sie an nach Blut zu schreien, so wie Max Hölz am 4. September im Sportpalast zu Berlin:

"Erschiessen, erschiessen, es werden noch viel zu wenig erschossen! Sorgt dafür, dass bald in Berlin die GPU Severing, Zörgiebel und Genossen erschießt!"

Dass ein krankes Hirn auffordern kann, einen hochverdienten Arbeiterführer zu erschiessen, - das ist Kommunismus!

Dass der Bluttausch eines Unzurechnungsfähigen vor tausenden sich austoben darf - das ist Kommunismus!

Und dass tausende diesem Irrsinn zujubeln - das ist Kommunismus!

Das ist das Verbrechen, dessen sich die Drahtzieher der KPD an der Arbeiterschaft schuldig machen!

Arbeitnehmer! Wenn ihr nicht wollt, dass Narren und mordgierige Elemente die Arbeiterbewegung zugrunde richten, so jagt am 14. September die kommunistische Partei zum Teufel!

SPD. Ein Mitarbeiter des "Soz. Pressedienst" befragte den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun am Freitag über seine Eindrücke im Wahlkampf.

Otto Braun stellte fest: "Unsere ostpreussischen Freunde sind mit ausserordentlichem Elan an der Arbeit, und ich habe die Stimmung und die Zuversicht für einen guten Ausgang des Wahlkampfes in Ostpreussen überall ganz ausgezeichnet gefunden. Insbesondere die Landarbeiterschaft, die weiss, was für sie auf dem Spiel steht, ist auf dem Posten. Jede Versammlung zeigt das mir schon aus Ostpreussen gewohnte Bild, dass die Landarbeiter viele Wegstunden weit auf ihren Rädern herankommen, oft genug auf den Ertrag eines oder zweier halber Arbeitstage verzichtend, um durch ihre Anteilnahme bezeugen zu können, dass "sie dabei sind" und mit alter Kampfesfreude für unsere Sache eintreten. Meine Versammlungen nicht nur in Königsberg, sondern auch in Orten wie Elbing, Sensburg und Dtsch. Eylau waren überfüllt, - in Sensburg musste polizeilich abgesperrt werden - und verliefen ohne jeden Störungsversuch in allerbesten Stimmung. Typisch war es, dass am Donnerstag Abend in Dtsch. Eylau im Grossen Stadthallensaal 12 - 1500 Menschen versammelt waren, während der Vorkämpfer Hugenbergscher Ideen, der dort gerade in Ostpreussen doch persönlich sehr bekannte Herr v. Oldenburg-Januschau, der ja als Verkörperung des heute etwas vorsintflutlich anmutenden Urpreussentums wieder auf dem Plan erschienen ist, in einem Saal, der eigentlich ein grösseres Hotelzimmer war, sich zu gleicher Zeit mit 60 - 70 Menschen begnügen musste. Die Versammlung einer anderen bürgerlichen Partei 1 Tag vorher war von gerade 20 Personen besucht gewesen. Überhaupt zeigt sich die politische Zerrissenheit unter den bürgerlichen Parteien gerade in Ostpreussen, wo bisher die früher geeinte deutschnationale Volkspartei eine sehr starke Position hatte - nicht zum Mindesten natürlich unter dem politischen Druck des Grossgrundbesitzes - als starkes Hemmnis für die Arbeit der Rechten. Die Landvolklisten des Herrn Schiele scheinen keine übermässig starke Werbekraft auszuüben und die Volkskonservativen haben noch sehr wenig Boden gewonnen. Auf der ganzen Linie wirkt eben die Zersplitterung entmutigend. Unabhängig hiervon scheint sich bei der Deutschen Volkspartei ein Rückgang anzubahnen, der möglicherweise auch in Ostpreussen empfind-

lich spürbar werden wird.

Die nationalsozialistische Agitation wird überall mit einem erstaunlichen Geldaufwand betrieben, und es ist zweifellos, dass die an Aktivität dahinter weit zurückbleibende deutsch-nationale Propaganda demgegenüber so ins Hintertreffen gerät, dass sich das in Form von Abwanderungen eines Teils der Hungerwähler zu den lautesten Schreibern, eben zu den Nationalsozialisten äussern wird. Es ist angesichts dieser Verhältnisse im bürgerlichen Lager doppelt wichtig und erfreulich zu sehen, dass die unter besonders schwierigen Verhältnissen arbeitende ostpreussische Sozialdemokratie, deren Vertrauensmänner- und Funktionärapparat man auf dem Lande immer wieder durch das System der schwarzen Listen der Gutsbesitzer und durch politische Leute-Entlassungen zu zerschlagen versucht, kampfbereudig und aktiv ist, wie nur irgend jemals zuvor. Ich bin fest überzeugt, dass der Erfolg dieser wahrhaft opferwilligen und begeisterten Arbeit nicht ausbleiben wird!"

SPD. In der Deutschen Volkspartei hat das gross- und schwerindustrielle Element von jeher die Oberhand gehabt. Diese Vorherrschaft findet selbstverständlich auch in den Kandidatenlisten der Volkspartei zum Reichstag ihren Ausdruck. In nicht weniger als 21 von den 25 Wahlkreisen stehen, wie der "Demokratische Zeitungsdienst" feststellt, Industrielle oder durch die Industrie gebundene Persönlichkeiten an massgebender Stelle. Unter dem Rest, den man freundlicherweise Kandidaten aus anderen Schichten überlassen habe, befänden sich die aussichtslosen Kreise Oberschlesien, Koblenz, Oberbayern-Schwaben und Niederbayern-Oberpfalz, wo die Deutsche Volkspartei auch bisher keinen Abgeordneten besessen habe. Die Naivität, mit der die Deutsche Volkspartei in zwei Dritteln der aussichtsreichen Wahlkreise Männer der Grosswirtschaft herausstelle und sich lediglich an eine kleine, wenn auch zahlungsfähige Schicht des deutschen Volkes gewandt habe, mude geradezu grotesk an.

"In einem freilich - so fährt der "Demokratische Zeitungsdienst" in seiner Betrachtung über "Die Partei der Syndici" fort - gleichzeitig Phantasie bewiesen: nämlich in der verschiedenen Firmierung dieser Wirtschaftsvertreter, die natürlich beileibe nicht alle Generaldirektor oder Syndikus oder geschäftsführendes Vorstandsmitglied heissen, sondern vielfach unter dem viel angenehmeren Namen Bergassessor, Schriftsteller usw. erscheinen oder auch einfach mit den früheren staatlichen Ämtern, die sie bekleidet haben. Da ist an unbestreitbar grosswirtschaftlich gebundenen Kandidaten im Wahlkreis Berlin, Syndikus Dr. Hoff, in Frankfurt/Oder, Schriftsteller Dr. Mittelmann in Pommern, Generaldirektor Dr. Schmidt-Mirschberg in Liegnitz, Schriftsteller Dr. Cremer in Halle, Syndikus Dr. Pfeiffer in Thüringen, Dr. Schifferer in Schleswig-Holstein, Senator a. D. Beythien in Ost-Hannover, Bergassessor Albrecht in Süd-Hannover-Braunschweig, Handelskammersyndikus Dr. Hugo in Westfalen-Nord, Bergassessor Hueck in Westfalen-Süd, Fabrikdirektor Dr. Kalle in Hessen-Nassau, Staatssekretär z. D. Schmid in Düsseldorf-Ost, Abteilungsdirektor von Gilsa in Düsseldorf-West, Geh. Justizrat Dr. Zapf gleichzeitig in der Pfalz und in Franken, Direktor Dr. Schneider in Dresden, Geschäftsführer Dr. Bellmann in Chemnitz, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Grosshandels Keinath in Württemberg, Kaufmann Dauch in Hamburg, Reichsminister a. D. Prof. Dr. Moldenhauer in Mecklenburg-Lübeck. Da aber 20 mehr oder minder schlecht maskierte Wirtschaftsvertreter offenbar für eine volksparteiliche Fraktion von schätzungsweise 25 bis 30 Köpfen nicht ausreichen, reservierte man auch noch zwei sichere Reichslistenmandate für die gleiche Gruppe, nämlich für das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft Dr. von Stauss und für Generaldirektor Königter."

Die Konsequenz dieser Betrachtung ist die, dass jeder Werkstätige, jeder Wähler, der ausschliesslich auf seine Arbeitskraft angewiesen ist, unmöglich

die "Deutsche Volkspartei" wählen kann. Sie ist, wie ihre Kandidatenlisten zeigen, die Partei der Generaldirektoren und Grossindustriellen, die Partei der Sozialreaktion. Jeder Arbeitnehmer aber gehört in seinem eigenen Interesse an die Seite derer, die für den sozialen Fortschritt kämpfen. An der Spitze dieses Kampfes gegen Sozialreaktion für sozialen Fortschritt marschiert die Sozialdemokratie. Ihr gehört deshalb die Stimme des werktätigen Volkes, die Stimme jedes Arbeiters, Angestellten und Beamten!

SPD. Die thüringische Regierung hat dem Staatsgerichtshof eine Parteischrift der Nationalsozialistischen Partei eingereicht, um den Beweis zu führen, dass die Nationalsozialistische Partei keine staatsfeindliche Partei sei. Das Reichsinnenministerium hat daraufhin eine 63 Seiten starke Denkschrift eingereicht, die den Titel trägt "Das hochverräterische Unternehmen der NSDAP". Die Denkschrift legt zunächst die geschichtliche Entwicklung der NSDAP bis zum Hitler-Putsch dar und führt weiterhin den Beweis, dass die nach Aufhebung des Verbots neu gegründete Partei die unmittelbare Fortsetzung der alten sei. Unter Ausbreitung eines reichen Beweismaterials legt die Denkschrift dar, dass das Ziel der NSDAP die Zertrümmerung des jetzigen Staates sei. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles betrachtet die NSDAP die Anwendung offener Gewalt, die Revolution und die Diktatur. Das hochverräterische Unternehmen der NSDAP sei wohl organisiert. Die Kräfte zur Durchführung des Unternehmens seien die Parteiorganisation, die Sturmabteilungen und der Studentenbund. Die Kräfte der NSDAP würden zu diesem Zwecke militärisch ausgebildet. Die Denkschrift gelangt zu folgendem Schlussergebnis :

"Die NSDAP erstrebt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den gewaltsamen Umsturz der auf die Weimarer Verfassung gegründeten Deutschen Republik. Die Partei selbst und die von ihr geschaffenen Organisationen sind so aufgebaut, dass alle als geschlossene militärisch disziplinierte Kampftruppen bei dem beabsichtigten Umsturz eingesetzt werden können. Soweit sich Nationalsozialisten am parlamentarischen Staatsleben beteiligen, tun sie es zu dem ausgesprochenen Zweck, den Staat und seine Machtmittel von innen heraus zu unterhöhlen, um den Generalangriff durch Schwächung der inneren Widerstandskraft des Staates zu erleichtern. Sie fühlen sich schon jetzt gerüstet, um unter Anwendung von brachialer Gewalt den Umsturz herbeizuführen."

Angesichts des in der Denkschrift ausgebreiteten Beweismaterials muss man sich nur wundern, dass vor dem Reichsgericht bisher eine grosse Anzahl von Hochverratsprozessen gegen Kommunisten durchgeführt worden ist, aber noch kein Hochverratsprozess gegen Nationalsozialisten!

SPD. Chemnitz, 5. September (Eig. Drahtb.)

In einer hier abgehaltenen kommunistischen Versammlung äusserte sich der kommunistische Abgeordnete des sächsischen Landtages Sindermann, Leiter des KPD-Bezirks Chemnitz-Erzgebirge u.a. über das Aktionsprogramm der KPD. Sindermann erklärte, dass Kommunisten und Nationalsozialisten jetzt Schulter an Schulter marschierten, um die Sozialdemokratie erfolgreicher bekämpfen zu können. Auf den Zwischenruf eines Sozialdemokraten führte der kommunistische Führer aus :

"Jawohl, wir geben zu, dass wir im Bunde mit den Nationalsozialisten stehen, dass wir vereint mit den Nationalsozialisten das bestehende kapitalistische System zertrümmern wollen, dass wir mit den Nazis gemeinsam in Deutschland den nationalen Bolschewismus einführen wollen. Dann, wenn uns die Nazis im Kampfe geholfen haben, rechnen wir mit ihnen selbst ab. Nicht internatio-

nal, sondern national, mit den Faschisten wollen wir die deutsche Arbeiterschaft befreien. Bolschewismus und Faschismus haben beide ein gemeinsames Ziel: Die Zertrümmerung des Kapitalismus und die der Sozialdemokratischen Partei! Um dieses Ziel zu erreichen, ist uns jedes Mittel recht."

Der Zuruf, dass der bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Schneller früher kaiserlicher Offizier gewesen sei und sich als solcher gegen seine Soldaten auch entsprechend benommen hätte, entlockte Sindermann das reizende Geständnis, dass Schneller als kaiserlicher Offizier "für die deutsche Revolution gekämpft habe und als Offizier ein Revolutionär gewesen sei." Wörtlich ruhr Sindermann fort: "Jawohl, wir geben zu, dass wir unsere Vertrauensleute in der Reichswehr, in der Polizei und in faschistischen Sturmabteilungen haben, jawohl wir geben zu, dass die Rote Armee Russlands Verbindung mit der Reichswehr hält, aber alles zu dem Zweck, diese Körperschaften zu zertrümmern und auf ihren Trümmern die nationalbolschewistische Diktatur aufzurichten. Die deutschen Reichswehroffiziere gehen nach Russland, damit die russischen Offiziere von der deutschen Reichswehr lernen können."

Wie weit die kommunistisch-nationalsozialistische Raufbrüderschaft bereits gediehen ist, beweist u.a. auch ein Vorfall, der sich dieser Tage in einer nationalsozialistischen Versammlung in Chemnitz zutrug. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Sindermann sprach dort als Diskussionsredner für seine Partei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er noch zu der kommunistischen Parole stehe: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" erklärte Sindermann, dass er diese Parole nicht mehr aufrecht halte. Daraufhin erteilte der nationalsozialistische Vorsitzende dem Kommunisten das Wort mit der Bemerkung: Der Herr Landtagsabgeordnete Sindermann spricht jetzt unter dem Schutz der nationalsozialistischen Partei!"

SPD. Heidelberg, 5.Sept. (Eig.Drahtb.)

In Heidelberg haben nationalsozialistische Rowdies in der Nacht zum Freitag die Wohnung eines in dem Vorort Ziegelhausen wohnenden sozialdemokratische Redakteurs mit schweren Steinen bombardiert und die Fensterscheiben zertrümmer. Die Burschen sind unerkant entkommen.

SPD. Paris, 5.September (Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Tardieu hat seine Kur in Vittel unterbrochen und ist zur Teilnahme an dem am Sonnabend stattfindenden Ministerrat nach Paris zurückgekehrt. Wie ein offiziöses Kommuniqué meldet, wird sich das Kabinett mit der Aussenpolitik und mit den Vorbereitungen für die Genfer Session beschäftigen.

SPD. Wiesbaden, 5.September (Eig.Dr.)

In Wiesbaden halten die Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsame Versammlungen ab. Vor einiger Zeit wurde dem Führer der hiesigen Nationalsozialisten bereits in einer kommunistischen Versammlung eine Stunde Redezeit gewährt. Am Freitag-Abend wurde ein Kommunist in einer nationalsozialistischen Versammlung als Redner zugelassen.

Das Abkommen zwischen den rechts- und linksradikalen Rowdies wurde geschlossen, weil bei den hohen Eintrittspreisen, die von den Kommunisten und Nationalsozialisten in ihren bisherigen Versammlungen erhoben wurden, die Säle fast immer halb leer blieben. Man kam deshalb überein, das Geschäft künftig gemeinsam zu machen, indem man sich die Einnahmen aus den Eintrittspreisen teilte und die Saalmiete halb auf halb zahlte.

SPD. Paris, 5. September (Eig. Drahtb.)

Der frühere Attaché in der Pariser Venezuelischen Gesandtschaft Villeneuve, dessen Riesenunterschlagungen von 12 Millionen Frs. vor einigen Wochen in der hiesigen südamerikanischen Kolonie peinliches Aufsehen erregten, ist am Freitag an die französischen Behörden ausgeliefert worden. Villeneuve, der in die spanische Fremdenlegion geflüchtet war, hatte selbst seinen Aufenthaltsort bekannt gegeben, sodass die französische Polizei nur ein Auslieferungsgesuch an die spanischen Behörden zu richten hatte. Villeneuve hat in Paris noch so viel treugebliebene Freunde, dass er hoffen kann, heil aus der Affäre herauszukommen. Eine für ihn veranstaltete Kollekte hat bereits 10 Millionen Frs. ergeben. Es bleibt nur noch übrig, dass die Geschädigten ihre Klagen zurückziehen.

SPD. München, 5. September (Eig. Drahtb.)

Der im März wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftete Ulmer Reichswehrleutnant Scheringer veröffentlicht im "Völkischen Beobachter" einen Artikel als Auftakt zu seinem Prozess, der am 23. September vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfindet.

Der ebenso wie seine Kumpane im Untersuchungsgefängnis in Moabit sitzende Scheringer gibt in dem Artikel offen zu, dass er Anhänger Hitlers ist und "zur Sanierung der Verhältnisse in der Reichswehr" eine Reihe von Besprechungen in allen möglichen Standorten mit Kameraden von der Reichswehr gehabt habe, ebenso mit Führern des Stahlhelms und der Nazi-Partei. In einer derartigen, im Herbst vorigen Jahres in München abgehaltenen Besprechung habe er von den Hitlerleuten unbedingt wissen wollen, ob die Partei bei einer Ablehnung ihres Volksentscheides zum Young-Plan entschlossen sei, auf die Barrikaden zu gehen.

Scheringer ist sich seines Verbrechens offenbar völlig bewusst. Er führt deshalb auch des Langen und Breiten aus, was er unter Verbesserung der Verhältnisse in der Reichswehr versteht und verstanden hat. Es handelt sich für ihn um nichts anderes als um die Realisierung des Naziproblems mit dem Endziel, auf verfassungswidrigem Wege durch "Zellenarbeit" die Reichswehr und die aktivistischen Wehrverbände der Nazis, des Stahlhelms und anderer nationalistischer Organisationen zum Sturz des gegenwärtigen Staates und für einen künftigen Befreiungskrieg zusammenzuschmelzen. Zur Begründung seines Standpunktes bedient sich Scheringer des bekannten Hitlerjargons, der von Deutschland nur als von einer Sklavenkolonie und vom heutigen Staat als von einem parlamentarischen Geschmeiss redet.

SPD. Hannover, 5. September (Eig. Drahtb.)

Die volksparteilichen Wählerversammlungen sind in Hannover schlecht besucht. Selbst, als die grosse Zugkanone, Generaloberst v. Seeckt vor einigen Tagen hier ein Gastspiel gab, war der Kartenverkauf so schlecht, dass die volksparteilichen Grössen in heller Verzweiflung waren. Schliesslich kam ihnen eine rettende Idee: man holte sich Statisten. Aus folgendem Rundschreiben geht hervor, wie sie geworben wurden:

"Verein der Deutschen Volkspartei Hannover
(National-Liberale Partei)

An den

Herrn Vertrauensmann der Unterprima der . . .
Hannover.

In der Annahme, dass auch bei Ihren Klassenkameraden der Wunsch besteht, den Schöpfer der heutigen Wehrmacht, Seine Exzellenz Herrn Generaloberst von Seeckt einmal zu hören, der am Sonntag Abend 8 Uhr im Kuppelsaal der Stadthalle spricht, gestatten wir uns, Ihnen in der Anlage 20 Eintrittskarten ko-

stenlos zu übersenden.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie für die Verteilung der Karten Sorge tragen würden und zeichnen

hochachtungsvoll
(Unterschrift)"

Dem Schreiben waren nicht 20 sondern 30 Freikarten beigelegt mit der Bitt um Verteilung. Insgesamt sind an der betreffenden Schule an 6 Klassen derartige Freikarten übermittelt worden. Sie wurden z.T. während des Unterrichts ausgegeben. An anderen höheren Schulen ging die Volkspartei ähnlich vor. Trotzdem war der Kuppelsaal der Stadthalle während der Rede Seeckts nur halb besetzt.

SPD. Hier ein weiteres Beispiel von der Theorie der Nazis in der Praxis:
An der Grenze von Berlin, im Kreise Niederbarnim, liegt die Landgemeinde Schöneiche. Der Ort zählt reichlich 2000 Einwohner. Ihn haben der nationalsozialistisch angehauchte Gemeindevorsteher Albrecht und der nationalsozialistisch organisierte Gemeindegeldkassen-Rendant Steffen durch Unterschlagungen um nicht weniger als 637 000 RM (Sechshundertsiebenunddreissigtausend RM) geschädigt.

Albrecht und Steffen waren viele Jahre die einzigen Gemeindebeamten des Ortes. Beide, wie es sich für treudeutsche Nazis geziemt, natürlich tapfere Heimkrieger. Jetzt sitzen sie im Gefängnis und werden sich demnächst für ihre Verbrechen zu verantworten haben.

SPD. Wien, 5. September (Eig. Drahtb.)
Das von der österreichischen Sozialdemokratie beschlossene Volksbegehren zugunsten der Arbeitslosenversicherung und der Altersversicherung beginnt am 14. September. Die Sozialdemokratische Partei hofft, die notwendigen 200 000 Unterschriften schon in kurzer Zeit gesammelt zu haben.

Dem Volksbegehren liegt ein Gesetzentwurf zugrunde, der bestimmt, dass der Aufwand der Arbeitslosenversicherung vorzugsweise, d.h. zu 40 % von dem österreichischen Staat bestritten wird. Die Altersversicherung, die bereits gesetzlich festgelegt, aber noch nicht in Kraft getreten ist, soll nach dem Volksbegehren am 1. Juli 1931 wirksam werden.

SPD. Halle, 5. September (Eig. Drahtb.)
Auf Grund des Erlasses der Preussischen Regierung, nach dem Nationalsozialisten und Kommunisten keine Beamtenstellen oder andere Staatsfunktionen bekleiden dürfen, war der Schupoarzt Dr. Böttger von der Schutzpolizei in Wittenberg/Elbe fristlos entlassen worden. Böttger ist Nationalsozialist und hat sich für Hitler auch in seiner Eigenschaft als Beamter betätigt.
Die Futterkrippe der von Böttger sonst nach Strich und Faden bekämpften Republik scheint ihm aber so gut bekommen zu sein, dass er sich nach ihr zurücksehnte und gegen seine fristlose Entlassung beim Arbeitsgericht Wittenberg Einspruch erhob. Merkwürdigerweise gab das Arbeitsgericht diesem Einspruch statt. Auf Grund der von der preussischen Regierung erfolgten Berufung hat das Landesarbeitsgericht Halle das Urteil des Arbeitsgerichtes Wittenberg jetzt aufgehoben und die Kündigung als zu Recht erfolgt bezeichnet. Der Kämpfer für das "Dritte Reich" berief sich im Verlauf der Verhandlung auf ein Gutachten des vor einiger Zeit mit Schimpf und Schande aus der Sozialdemokratischen Partei hinausgeworfenen ehemaligen Regierungspräsidenten Grützner

in dem es heisst, dass die Kündigung zu Unrecht erfolgt sei. Der Verteidiger des entlassenen Hakenkreuzlers leistete sich dabei den Witz, dass Grützner an der Entstehung der Weimarer Verfassung hervorragenden Anteil gehabt habe und seine Rechtsauffassung deshalb von entscheidender Bedeutung sei.

SPD. Paris, 5. September (Eig. Drahtb.)

Ein lamentables Missgeschick passierte in Paris einem braven Provinz-Kirchenvater, dessen erschrockenes Benehmen in dem Grosstadtgetriebe bald einen Gauner anlockte. Der Schwindler wählte die Maske ebenfalls grosser Hilflosigkeit und schlug dem Geistlichen vor, mit ihm eine Kirche zu besuchen. Dort angelangt, sah sich der Geistliche nach seinem Begleiter um. Er war inzwischen verschwunden und mit ihm die Barschaft des Priesters von 3500 Frs.

SPD. Bitterfeld, 5. September (Eig. Dr.)

In Bitterfeld sollte am Freitag der von der Sozialdemokratischen Partei für den diesmaligen Wahlkampf hergestellte Tonfilm vorgeführt werden. Die Filmvorführung wurde jedoch von der städtischen Baupolizei verboten und zwar unter Hinweis auf eine angeblich von dem preussischen Volkswohlfahrtsminister im Jahre 1929 erlassenen Verfügung, nach der in Orten, in denen Lichtspieltheater vorhanden sind, Filmvorführungen in öffentlichen Sälen nicht stattfinden dürfen.

Das ganze sieht sehr nach Wahlschikane aus. Es ist bisher noch nicht bekannt geworden, dass man sich anderwärts ebenfalls auf die genannte Verfügung berufen hat.

SPD. New York, 5. September (Eig. Drahtb.)

Die Unwetterkatastrophe, von der San Domingo am Donnerstag heimgesucht wurde, hat nach den vorliegenden amtlichen Feststellungen rund 1000 Tote und 4000 Verletzte gefordert. Diese Feststellungen beschränken sich auf die Hauptstadt des Landes und ihre nähere Umgebung. Wie viel Menschen im Innern der Katastrophe zum Opfer gefallen sind, lässt sich vorläufig auch nicht annähernd überblicken. Der Materialschaden wird auf insgesamt 25 Millionen Dollar berechnet.

Die Überlebenden der Katastrophe werden gegenwärtig zum Teil von einer Epidemie bedroht.

SPD. Genf, 5. September (Eig. Drahtb.)

Der 6. europäische Minderheitenkongress hat am Freitag seine Tagung beendet. Der von einer Kommission ausgearbeitete Brief, der Briand noch vor der europäischen Konferenz überreicht werden soll, wurde einstimmig gebilligt.

In dem Brief wird betont, dass die Minderheiten an einer Verständigung der europäischen Staaten ausserordentlich interessiert seien. Gleichzeitig wird jedoch bedauert, dass die bisher unternommenen Schritte nicht zur Verwirklichung des gemeinsamen Zieles, der tatsächlichen Befriedung Europas, führen könnten. Da als Träger der europäischen Einheit ausschliesslich die Staaten in den Plänen betrachtet würden, könnten Millionen von Europäern an der Bewegung nicht teilnehmen. Wolle man Frieden und unzerstörbare Verbindungen zwischen den Völkern schaffen, dann müsse jeder Europäer das nationale Leben in Übereinstimmung mit seiner Kultur und frei über die Landesgrenzen hinaus auch mit seinen Volksgenossen pflegen können. "Beachten Sie", so schliesst der

Brief an Briand, "die Grundlagen der Beziehungen zwischen Völkern, die wir ihnen aufgezeigt haben und wenden Sie alle Mittel an, dass die Bestrebungen zu einer vollkommenen europäischen Union nicht einzig auf wirtschaftlichen Überlegungen oder staatlichen Interessen beruhen, sondern vor allem auf der innigen Zusammenarbeit der Völker, die auf den ewigen und höchsten Interessen der Gerechtigkeit beruht."

SPD. Amsterdam, 5. September (Eig. Dr.)

Herunter mit der Arbeitszeit! Auch der Internationale Buchdruckerkongress dessen Tagung in Amsterdam am Freitag zuende ging, hat sich in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des IGB und nach dem Arbeitszeitverkürzungsappell der Metallarbeiterinternationale nun ebenfalls mit schärfstem Nachdruck für Arbeitszeitverkürzung eingesetzt. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung fordert er Verkürzung der Arbeitszeit ohne Herabsetzung der Löhne. Das internationale Sekretariat wurde verpflichtet, in Gemeinschaft mit dem IGB die Vorbereitungen für einen entscheidenden Kampf um weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu treffen.

Die von Fülle-Berlin zur Lehrlingsfrage vorgelegten Leitsätze wurden einstimmig angenommen. Ebenso stimmte der Kongress einem Antrag des Deutschen Buchdruckerverbandes zu, der sich für die Zulassung des Verbandes der deutschen Buchdruckerhilfsarbeiter zur Internationale einsetzt. Die Beiträge zur Internationale werden künftig wieder auf Goldbasis berechnet. Ein Antrag auf Erhebung eines Einheitsbeitrages wurde mit grosser Mehrheit angenommen. Der Sitz der Internationale bleibt in Bern. Zum internationalen Sekretär wurde einstimmig wieder Grundbacher-Bern gewählt. Die Sekretariatskommission besteht fortan aus fünf statt aus vier Mitgliedern, nämlich aus Deutschland, Holland, Tschechoslowakei, Frankreich und Schweden.

SPD. Smyrna, 5. September (Eig. Drahtb.)

Der Führer der neutürkischen Opposition Fethi Bey wurde am Donnerstag in Smyrna von einer ungeheuren Menschenmenge begeistert empfangen und im Triumpf durch die Stadt geführt. Als die Demonstranten im Zentrum der Stadt den Polizeikordon durchbrachen, kam es zu Zusammenstössen mit den zahlreich aufgebotenen Beamten. Mehrere Polizeibeamte wurden von der Menge verprügelt und entwaffnet. Erst als die Beamten mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vorgingen, konnte die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Insgesamt wurden 300 Personen verhaftet.

SPD. Die vom "Deutschen", dem Organ der christlichen Gewerkschaften, versprochene grundsätzliche Erörterung des Verhältnisses der Gewerkschaftschristen zu den Nationalsozialisten ist bis jetzt noch immer nicht erschienen. Allem Anschein nach macht diese Erörterung viel Kopfzerbrechen. Tatsächlich ist es auch eine verflucht schwierige Sache, dem in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter den Nationalsozialisten als Kameraden zu empfehlen und gegenüber der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei parteipolitische Neutralität zu proklamieren, wenn zu gleicher Zeit die Presse der christlichen Arbeiter deutlich von dem Nationalsozialismus abrückt. Im Anschluss an die neusten Bluttaten der Nationalsozialisten schrieb z.B. die "Germania" am Freitag (Nr. 412) :

"Die nationalsozialistische Gefahr ist in diesem Wahlkampf die grösste, weil den verbitterten und gequälten Menschen das Blaue vom Himmel herunter versprochen wird. Der Kölner Fall (gemeint ist die Erschiessung des Arbeiters

Die Tänzer von Münster.

Zwei Tage Katholikentag

SPD, Münster, den 4. September (Eig. Ber.)

Zwar wurde der diesjährige Katholikentag schon zwei Monate vor der Reichstagsauflösung einberufen, aber dennoch steht er augenscheinlich im Zeichen der nahen Wahl. In den geheimen Konventikeln, die diese Tagungen nach alter Ueberlieferung umrahmen, wie in den öffentlichen Kundgebungen treten die Hinweise auf die "bevorstehende Entscheidung" demonstrativ hervor. Dabei liegt das Generalthema des diesjährigen Katholikentages: "Die christliche Erziehung der Jugend" auf der rein kulturpolitischen Ebene, die durch diesen Reichstagswahlkampf an sich garnicht berührt wird.

Gleich zu Beginn erfolgte eine bemerkenswerte Auseinandersetzung mit der sozialistischen Kinderfreundebewegung. In Freiburg hatte man im vorigen Jahre die demagogischen Register aufgezogen, die in der Nachplapperung all der bekannten Verleumdungen gipfelten. Diesmal beliebte man eine gründlichere und objektivere Behandlung. Der Jesuitenpater Schröteler von der Zentrale der katholischen Schulorganisation forderte eine tiefere Begründung des katholischen Bildungsideals, gemäss moderneren Auffassungen über die Jugenderziehung, während Dr. Desiderius Breitenstein (Paderborn) seine kritische Würdigung in diesen Sätzen zusammenfasste: Sicherlich seien die Kinderfreunde areligiöse, aber sie betonten sehr stark die sittlichen Werte des Dienstes an der Gemeinschaft, der Hilfsbereitschaft, der Ueberwindung des Egoismus. In der sozialistischen Erziehungsbewegung sei die Ueberwindung des "blinden Kausalitätsglaubens, des Vulgärmarxismus" zu einer mehr ethischen Auffassung festzustellen. Man dürfe das Gemeinschaftsleben der Kinderfreunde nicht nur schwarz in schwarz malen. Ihre ethische Grundhaltung bringe sie in die Nähe bestimmter sozialreformerischer Richtungen im Katholizismus, der freilich - wie konnte dieser katholische Jugendführer anders reden - über viel wirksamere, auf die sakramentalen Kräfte der Kirche gestützte Erziehungsmittel verfüge.

Aber noch charakteristischer für gewisse zeitbedingte Wandlungen im Katholizismus war der zweite Tag. Er stand unter dem Kennwort "Tanz und Religion". Der Jesuitenpater Schröteler brachte vor das gespannt lauschende Forum eine Apologie des modernen Gesellschaftstanzes. Ja, er billigte ihn, wenn er die angemessene Form finde, einen erzieherischen Wert zu. Denn es gebe einen modernen Kunsttanz, "der dem Ausdruck eines religiösen Gefühls im katholischen Sinne nicht zuwiderläuft". Diese Rede bekannte sich zur "tänzerischen Bewerttheit des menschlichen Körpers", der in die Natur mit einbezogen sei. Im ganzen huldigte dieser Jesuitenpater dem Modernismus in einer Weise, die mit den bekannten Erklärungen von kirchlicher Seite über den modernen Tanz als Antreiber unsittlicher Kräfte nicht in Einklang zu bringen war.

Seltsamerweise waren es Mucker "in Civil", die gegen Schröteler auftraten. Der bekannte deutschnationale Freiherr von Lüninck, der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer, und Graf Westerholt-Münster erblickten im Tanz Merkmale eines teuflisch-religionsfeindlichen Kults, den zu bekämpfen Aufgabe des Katholizismus sei. Ein anderer katholischer Aristokrat, Graf Montgelas, forderte aber, dass der Katholizismus im Zeichen der "Vergeistigung des Sinnlichen", das von der Natur geschaffen sei, den Tanz bejahe. Freilich gäbe es nur "Katholiken, die tanzen", nicht etwa einen besonderen katholischen Tanz. Schliesslich einigte man sich nach langer Debatte, dass von Fall zu Fall entschieden werden müsse, was zu bejahen, was abzulehnen sei. Ein katholischer Geistlicher wandte sich in dieser Aussprache auch gegen die in manchen katholischen Kreisen so beliebte Uebertreibung sexueller Gefahren. In der Tat: wenn man gewisse katholische Schriften gegen Familienbäder und moderne Sportausübung liest, die in der Ausübung von erotischen Details manchmal an Pornographie grenzen,

zen, dann wird man die Besorgnis dieses Geistlichen begreifen.

Jedenfalls liess diese Aussprache erkennen, dass der Katholizismus mit der formelhaften Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Lebenserscheinungen nicht mehr auskommt. Freiere Geister müssen aufs stärkste mit den älteren autoritären Kräften ringen. Man verlangte auch noch stärkere Beeinflussung des Rundfunks und des Films und bekannte sich zur modernen Musik.

Allerdings spiegelt das Präsidium des Katholikentages durchaus das katholische Ständische Gesellschaftsideal mit seinen mittelalterlich-feudalen Wertungen der einzelnen "Stände" wieder. Ein Graf von Neipperg wurde als Repräsentant des nach feudaler Auffassung zur herrschenden Führung berufenen Adelstandes an die Spitze gesetzt. Hinter ihm aber kommt als Vizepräsident der preussische Landtagsabgeordnete Letterhaus, einer der Führer der katholischen Arbeitervereine und ein Kämpfer wider den Sozialismus, den er in Wort und in Schrift teils aus Uebelwollen, teils aus Unverständnis aufs gründlichste verunstaltet.

SPD. Bombay, 5. Sept. (Eig. Drahtber.)

Zwischen Sapru, Yayakur und Ghandi hat am Freitag die letzte eine Stunde dauernde Aussprache stattgefunden. Als die Unterhändler das Gefängnis verliessen, erklärten sie den Pressevertretern: Die gegenwärtigen Friedensverhandlungen sind ergebnislos geblieben. Der zwischen der indischen Regierung und Ghandi geführte Briefwechsel soll in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

SPD. Paris, 5. Sept. (Eig. Drahtber.)

Die französische Luftfahrt, die in der letzten Zeit vom Missgeschick verfolgt war, hat sich im Verlauf dieser Woche gänzlich rehabilitiert. Nach dem Erfolg Costes und Bellantes und der Rekordleistung der Fliegerin Mary Bastier hat am Freitag der französische Linienpilot Laulhé einen neuen Weltrekord für den Flug im geschlossenen Kreis für Leichtflugzeuge unter 350 kg aufgestellt. Laulhé kreiste 26 Stunden 1 Minute in der Luft.

SPD. Die Christlichen Bergarbeiter haben am Freitag - wie uns aus Bochum gemeldet wird - beschlossen, den für den Ruhrbergbau gefällten Schiedsspruch anzunehmen und seine Verbindlichkeitserklärung zu beantragen.

SPD. London, 5. Sept. (Eig. Drahtber.)

König Karl von Rumänien erklärte dem Vertreter des "Daily Herald" in Rumänien, dass er "seinem Volke" die Demokratie versprochen habe und ein Kämpfer für die demokratische Regierungsreform bleiben werde. Rumänien habe jedoch die Hilfe des Auslandes notwendig und hoffe vor allem, dass England ihm seine Hilfe nicht versagen werde.

Aus aller Welt

Hermine's Sekretär.

Neue Gaunereien des Schützlings der Exkaiserin - Von Wilhelm II. zu Herrn Apfel - Haus Doorn soll bezahlen.

SPD. Karl Hartung, der aus früheren Betrugsaffären bekannte Privatsekretär der Prinzessin Hermine, ist von Köln, seinem jetzigen Wohnsitz unter Hinterlassung erheblicher Schulden geflüchtet.

Vor etwa zwei Jahren tauchte in Nordwestdeutschland ein jüngerer Herr von sehr gutem Aeusseren und "mit guten Manieren" auf, von dem grosse und geheimnisvolle Dinge erzählt wurden. Der Herr mit den "guten Manieren", der sich Karl Hartung nannte, sollte über die besten Beziehungen zum Hause Doorn verfügen und so etwas wie Privatsekretär der Gattin des Exkaisers, der Prinzessin Hermine, sein. Tatsächlich legte er auch all denen, die sich dafür interessierten, einen Brief aus dem Hause der verflorenen Majestäten vor, in dem ihm in den herzlichsten Worten die besondere Huld des ehemals gekrönten Holzhackers und seiner Gattin zugesichert wurde. Auch wies Hartung Quittungen vor, die bewiesen, dass Wilhelm, der ja durch die reichliche Abfindung, die er bekommen hatte, genügend Zaster besass, Hartung nicht unbedeutende Geldzuwendungen gemacht hatte.

Kein Wunder, dass der servile und nationale Kleinbürger vor dem gewandten und sicher auftretenden Hartung und seinen allerhöchsten Beziehungen grössten Respekt empfand. Es erging Hartung genau so, wie Harry Domela in Thüringen die lieben Untertanen warfen ihm das Geld, das er für seine Hochstapeleien brauchte, förmlich nach. Als die Affären des Günstlings der Prinzessin Hermine allzusehr zum Himmel stanken und zahlreiche Leute, die der Schwindler um ihr Geld gebracht hatte, bei aller Hochachtung vor den Hohenzollern zum Kadi liefen, wurde dem famosen Sekretär des Hauses Doorn der Prozess gemacht. Dann war es eine Zeit lang still um den Hochstapler, bis man in diesen Tagen wieder erbauliche Dinge von ihm gehört hat.

+

Hartung hielt sich in den letzten Wochen im Rheinland auf, wo er auf Teufel komm raus Schulden machte. Er wohnte in den teuersten Hotels, machte überall riesige Zechen, die er meist nicht bezahlte, kaufte ein halbes Dutzend Anzüge und Mäntel auf einmal und borgte sich unter Anspielung auf seine "allerhöchsten" Beziehungen von vielen Leuten Geld, das er natürlich zurückzugeben vergass. Hartung borgte sich meist auf den Namen seiner Doorner Schirm- und Schutzherrin von monarchistisch gesinnten Dummen Geld. Natürlich genügte für manchen wackeren Patrioten das Doorner Signum, um dem Gauner hilfreich zur Seite zu springen. Als schliesslich die Schuldsomme des Hohenzollernschützlings auf mehrere tausend Mark angewachsen war, wurde ihm der Boden unter den Füßen zu heiss, insbesondere, da ihn seine empörten Gläubiger schon mehrfach auf offener Strasse insultiert hatten. Herr Hartung floh nach Berlin, wo er sich ausgerechnet mit dem Rechtsanwalt Dr. Apfel, dem bekannten Kommunistenverteidiger, in Verbindung setzte. Aber da wir ja augenblicklich in der Zeit des Nationalbolschewismus leben, ist dieser Sprung vom Doorner "Hof" zum Kommunistenanwalt garnicht so verwunderlich. -

+

Schon früher waren Vermutungen aufgetaucht, dass die plötzliche Haftentlassung Hartungs, der seinerzeit zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, sie aber nur zum Teil verbüssen musste, auf persönliche In-

tervention von Frau Hermine zurückzuführen sei. Hartung selbst, von Berliner Reportern nach diesen Dingen befragt, gab keine rechte Antwort, sondern begnügte sich mit verlegenen Ausreden, die eher Ja als Nein bedeuteten. Uebrigens sollen sich die zahllosen Gläubiger des Herrn Hartung in erregten Telegrammen nach Haus Doorn gewandt und von dort Bezahlung gefordert haben. Natürlich wird ihnen Wilhelm die kalte Schulter zeigen, sodass die allzu gutgläubigen Hohenzollernfreunde wieder einmal die Zeche bezahlen müssen.

+ + +
Wilhelm von Doorn als Privatkläger.

Ist es richtig, dass ein Monarch finanziell an einer Waffenfabrik beteiligt ist

SPD. Vom Einzelrichter des Schöffengerichts Berlin-Mitte, Amtsgerichtsrat Bues, wurde der verantwortliche Redakteur der "Berliner Morgenpost", Mendel, wegen Beleidigung des früheren Kaisers zu 1 500 Mark Geldstrafe oder drei Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der frühere Kaiser, der sich durch den bekannten Rechtsanwalt Dr. Bloch und des Fürstenabfindungs-Everling vertreten liess, fühlte sich durch einen am 24. Oktober 1929 in der "Berliner Morgenpost" erschienenen Artikel beleidigt, in dem dem Exkaiser die materiellen Interessen, die er bekanntermassen an den Geschäften der Firma Krupp besass, zum schweren Vorwurf gemacht wurden. Der Exkaiser habe seinen Einfluss dahin geltend gemacht, dass das preussische Kriegsministerium den Krupp-Geschützen den Vorzug gegeben habe, obschon das sogenannte Ehrhardt-Geschütz, das allerdings nur von der Rheinischen Maschinen Fabrik hergestellt wurde, besser gewesen wäre. Der Kaiser, hiess es in dem Artikel der "Berliner Morgenpost" weiter, sei somit mitschuldig an der Unterlegenheit der deutschen Feldartillerie gegenüber der französischen und englischen Artillerie.

Dem Angeklagten stehen die Rechtsanwälte Justizrat Mamroth-Breslau und Dr. Fabian-Berlin zur Seite. Gleich zu Beginn der Verhandlung, die reich an dramatischen Momenten ist, kommt es zu einer interessanten Auseinandersetzung darüber, wie eigentlich der frühere Kaiser vor Gericht genannt werden soll. Mit pathetischen Worten besteht Herr Dr. Floch auf dem Rechte von "meinem Kaiser" zu sprechen; und im Verlauf der Verhandlung begeistert er sich sogar lebhaft für "Seine Majestät". Der Vorsitzende: "Herr Rechtsanwalt, ich möchte zunächst von hier aus feststellen, dass an der Rubrizierung des Namens "Wilhelm Prinz von Preussen" durch das preussische Staatsministerium und andere Behörden nicht zu rütteln ist. Ich bitte, hier mit den gegebenen Tatsachen rechnen zu wollen". Der Privatkläger selbst hat indessen mit dieser Tatsache nicht gerechnet und die Vollmacht, mit der er seine Anwälte zur Wahrung seiner Interessen beauftragte mit "Wilhelm I.R." unterzeichnet. Justizrat Mamroth beauftragt deshalb die Einstellung des Verfahrens - die Unterschrift des Exkaisers widerspreche dem preussischen Adelsgesetz, der Verordnung des Staatsministeriums und der gesamten Rechtssprechung. Das Gericht konnte sich indes dieser Auffassung nicht anschliessen und lehnt den Antrag des Beklagten auf Einstellung des Verfahrens ab. Die Identität des Vollmachtgebers stehe jedenfalls fest.

Verschiedene Bemühungen um einen Vergleich scheiterten. Rechtsanwalt Dr. Fabian verliest dann einen längeren Schriftsatz zum Beweis dafür, dass die in dem Artikel der "Berliner Morgenpost" erhobenen Vorwürfe sachlich begründet seien. Es wird in diesem Schriftsatz behauptet: Die Firma Krupp hatte für die Lieferungen von Panzerplatten und Geschützen ein Monopol. Dieses Monopol war schädlich, das geht aus den Reichstagsverhandlungen im April 1913 hervor. Vergeblich kämpfte der Erfinder und Konstrukteur Heinrich Erhardt für die Einführung des von ihm erbauten Rohrrücklaufgeschützes, das, dank besonderer Neuerungen, dem alten Kruppgeschütz weit überlegen war. Schon vorher hatten die Franzosen ein entsprechendes Rohrrücklaufgeschütz eingeführt, dem gleichen passten sich die Engländer der neuen Bauart an und gaben entsprechende Bestellungen. Auch Oesterreich, Ungarn und Norwegen machten mit dem Rohrrücklaufgeschütz die besten Erfahrungen. Nur in Deutschland verschloss man

sich der Ehrhardtschen Erfindung. Und wer in der deutschen Armee wider den Stachel der Anti-Ehrhardtstimmung lökte, der wurde schikaniert, wenn nicht sogar, wie der General von Reichenau, gezwungen, seinen Abschied zu nehmen. Viel später und offenbar zu spät entschloss man sich, bei der Firma Krupp zur Einführung eines Kompromissgeschützes. Die Folge dieser Verspätung war die Unterlegenheit der deutschen Artillerie im Kriege gegenüber der feindlichen. Und endlich steht auch fest, (und wird auch von den Vertretern des Exkaisers nicht bestritten) dass Wihlem II. finanziell an der Firma Krupp beteiligt gewesen ist.

Zum Beweise sämtlicher Behauptungen, die in dem Schriftsatz von Rechtsanwalt Fabian gemacht werden, werden eine Reihe von Zeugen und Sachverständigen genannt. Das Gericht lehnt indes sämtliche Beweisanträge der Verteidigung ab. In der Begründung hierzu meint Herr Amtsgerichtsrat Bues hinsichtlich der Bewertung der deutschen Artillerie selbst eine ganze Menge zu verstehen, weil er im Kriege - als Infanterist in der vordersten Linie gestanden habe und somit wohl die deutsche als auch die feindliche Artillerie zur Genüge kennen gelernt habe. Auf diese Dinge wird jedoch in der Urteilsbegründung des Herrn Amtsgerichtsrats Bues garnicht mehr eingegangen.

+

Man kann wirklich nicht behaupten, dass die schwierige Materie durch den Berliner Prozess endgültig geklärt wäre. Wie wir erfahren, wird die Verteidigung des verurteilten Redakteurs Berufung einlegen. Es ist infolgedessen durchaus möglich, dass sich ein deutsches Gericht nicht nur noch einmal mit der Ehre des früheren Kaisers im speziellen Hinblick auf die Aeusserungen der "Berliner Morgenpost" befassen wird, sondern auch damit, wie weit es mit der Ehre eines Monarchen vereinbar ist, dass er mit seinem Kapital an einer Waffenfabrik, die nur einen ganz bestimmten Geschützttyp herstellt, beteiligt war.

Der Redakteur der "Berliner Morgenpost" ist verurteilt worden. Verurteilt wurde gleichzeitig, trotz allem, ein System.

+

+

+

Andree-Einsargung in Tromsö. Andrees und Strindbergs sterbliche Ueberreste sind am Freitag in Tromsö eingesargt worden. Bei Strindberg hat man noch den Verlobungsring gefunden...

Abgeschlossen ist auch die Untersuchung des Inhalts des Segeltuchboots. Im ganzen wurden, genau nach dem Vorbild der Praxis bei archäologischen Ausgrabungen, 115 Nummerierungen vorgenommen.

Endgültig fest steht ferner, dass von Knut Fraenkel, dem dritten Expeditionsteilnehmer, alle Spuren fehlen.

+

+

+

Eine schöne Geste. Die Studenten der berühmten englischen Universität Oxford enthüllten eine Gedenktafel in Erinnerung an ihre deutschen Kollegen die vor dem Krieg in Oxford studierten und im Kriege gefallen sind.

+

+

+

Ein reicher Bettler. In Altona wurde ein Angeklagter namens Schönemann wegen Betruges zu drei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Schönemann hat vom Wohlfahrtsamt Unterstützungen in Gesamthöhe von 3000 Mark bezogen, und überall gebettelt, obwohl er ein Bankguthaben von 25 000 Mark besitzt.

+

+

+

Geborgen. Die zur Suche des verunglückten österreichischen Postflugzeuges ausgesandten Expeditionen fanden den Flieger tot in dem zerschellten Flugzeug. Die Unglücksstelle liegt in 1400 m Höhe an einem Abhang des Rothenkopfes bei Wallgau. Der Flieger hatte bei der am Dienstag herrschenden Nebelbildung die Orientierung offenbar vollkommen verloren und von Innsbruck aus in 3000 m Höhe die das Inntal nördlich flankierenden Felsgebirge des Karwedel und Wetterstein überflogen, statt in westlicher Richtung dem Bodensee zuzufliegen. Als er zur Orientierung im Tal von Garmisch-Partenkirchen weiter herunterging, erfolgte die Katastrophe. Die Bergung der Leiche und des zer-

schmetterten Flugzeuges erfolgt unter der Leitung des Chefs der Süddeutschen Lufthansa, des bekannten Piloten Franz Hailer.

+ + +
Piccard in Augsburg. Der Schweizer Professor Piccard, der mit einem von der Ballonfabrik Riedinger hergestellten Riesenluftballon in der Nähe von Augsburg 16 000 Meter hoch aufsteigen will, ist am Startplatz eingetroffen.

+ + +
Neue Moreni-Katastrophe. In dem durch den Riesenbrand der Petroleumsonde 60 berühmt gewordenen rumänischen Petroleumzentrum Moreni ereignete sich eine schwere Explosion eines Gasmotors, durch die drei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt wurden.

+ + +
Mord in Berlin NO. Am Freitag abend erschoss in Berlin NO. der polnische Kaufmann Joseph Andreschewski seinen Schwager, den 36 Jahre alte Eierengros- händler Bruno Werner. Motiv der Tat: geschäftliche Streitigkeiten. Der Mörder wurde verhaftet.

+ + +
Der Priester als Mörder. Ein mohammedanischer Geistliche Iman Tewfik, der seinen kleinen Stiefsohn mit Hilfe vergifteter Bonbons ermordet hat, ist vom Strafgericht in Stambul zum Tode verurteilt worden. Die Strafe wurde in 28 Jahre Gefängnis umgewandelt, weil der Verurteilte 65 Jahre alt ist.

+ + +
Verhafteter Höllenmaschinist. In Mölln bei Hamburg wurde der 26 Jahre alte aus Berlin stammende Betonarbeiter Kurt Kalex festgenommen; er ist gestän- dig, an dem an dem Hamburger Grosskaufmann Schliemann verübten Erpressungsver- such und Höllenmaschinenanschlag beteiligt gewesen zu sein. Von den zwei ande- ren Komplizen wurde der gleichfalls geständige Arbeiter Willi Schulz unmittel- bar nach der Tat in Hamburg verhaftet, während der dritte, obschon festgenom- men, vorläufig noch nicht als überführt gilt.

+ + +
Strassenbahnzusammenstoss. In Breslau stiessen zwei Strassenbahnzüge zusammen; 17 Fahrgäste und die beiden Wagenführer wurden mehr oder minder schwer verletzt.

+ + +
500 Veteranen vergiftet. In Anapolis (USA) erkrankten 500 Kriegsvetera- nen nach einem gemeinsamen Festessen an Nahrungsmittelvergiftung.

+ + +
Bombenprozess ohne Angeklagte. Im Altonaer Bombenlegerprozess fehlten in der Freitag-Morgenverhandlung fünf Angeklagte, nach der Mittagspause nicht weniger als zehn- Der Vorsitzende betont, dass er das Verhalten der Angeklag- ten als demonstrativ auffasse und stellte den Erlass von Vorführungsbefehlen für Montag in Aussicht. Die Verteidigung fängt nunmehr an, dadurch Obstruktio- nen zu betreiben, dass sie die Sachverständigen als befangen ablehnt und in- folgedessen das Gericht dauernd zu neuen Beratungen zwingt. In zwei Fällen schliesst sich das Gericht der Auffassung der Verteidigung an, Landrat Göp- perts aus Itzehoe, der als Zeuge vernommen wird, berichtet über die materiel- len Schäden, die bei dem Attentat gegen das Itzehoer Landratsgebäude entstan- den sind. Am Landratsamt selbst habe der materielle Schaden sich auf 15 000 Mark belaufen, ausserdem seien die weiteren Beschädigungen an den umliegenden Gebäuden zu erwähnen.

+ + +
Rasender Bulle. Im Hamburger Schlachthof riss sich ein Bulle los, raste auf die Strasse und riss ein Kind um. Die Kugel, die ein Polizist auf das wilde Tier abgefeuert hatte, prallte ab und verletzte einen vorübergehenden Passanten schwer. Erst die weiteren Schüsse brachten den Bullen zur Strecke.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Lasttier Prolet.

Die Bedeutung des Wahlkampfes.

SPD. Worum geht es im Wahlkampf? Die werktätigen Massen können sich nicht oft genug und nicht gründlich genug diese Frage überlegen; denn der grosse politische Kampf, der zur Zeit ausgefochten wird, ragt in seiner Bedeutung weit hinaus über alle Reichstagswahlen seit dem Zusammenbruch des alten Regimes. Die erbitterte Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien und ihrer nationalsozialistischen wie kommunistischen Helfer mit der Sozialdemokratie signalisiert den Beginn eines neuen Abschnitts der deutschen Geschichte. Der gegenwärtige Wahlkampf hat seinen Ursprung in den Reparationsverhandlungen. Der verlorene Krieg muss liquidiert werden, und in dieser Liquidation handelt es sich innenpolitisch um nichts anderes als um die Verteilung der Lasten. Wer soll die Lasten tragen? Wie sollen die Lasten verteilt werden? Das ist die entscheidende Frage. Wer in dem grossen politischen Ringen besiegt wird, der wird auf viele Jahre hinaus das Lasttier sein.

Das Kapital ist sich darüber im klaren, dass für seine Kampftruppen jetzt oder nie die Möglichkeit besteht, der Arbeiterschaft eine entscheidende Niederlage beizubringen. Die wirtschaftliche Depression, die mit dem Abschluss der Reparationsverhandlungen mit besonderer Wucht einsetzte und zum Teil vom Unternehmertum noch künstlich gefördert wurde, ist für das Kapital der beste Bundesgenosse. Die mit der Wirtschaftskrise verknüpften finanziellen Schwierigkeiten des Staates boten ihm eine wundervolle Handhabe, um den Sturz des Kabinetts Müller herbeizuführen und die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung zu verdrängen. Nur eine sozialistenreine Regierung kann die Lastenverteilung zum Vorteil des Kapitals durchführen. Deshalb soll auf weite Sicht hinaus die politische Herrschaft des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften aufgerichtet werden. Auf viele Jahre hinaus soll die Arbeiterschaft bei der Entscheidung über die mit der Lastenverteilung verbundenen bedeutsamen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen nicht mehr bestimmend mitreden. Daher der Ruck der realpolitisch eingestellten Kräfte auf der Rechten gegen die Mitte zu. Daher das Entgegenkommen der Mitte an diese auf der Rechten zur Macht drängenden Elemente. Zentrum und Demokraten drängen nach rechts, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei suchen um jeden Preis Fühlung und Anschluss mit den halb- oder gar nur pseudodemokratisch eingestellten Geistern in der Staatspartei und im Zentrum.

Demgegenüber muss das Ziel der Arbeiterklasse im Wahlkampf sein, die sich bildende grosse bürgerliche Front zu zersprengen, noch ehe sie so fest zusammengeschweisst ist, dass sie auf Jahre hinaus zusammenhalten kann. Gelingt das nicht, dann waren Abbau der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Krankenversicherung und Lohnabbauoffensive nur ein Vorspiel viel schlimmerer Dinge. Ist erst einmal die grosse reaktionäre bürgerliche Front durch einen Erfolg in diesem Wahlkampf gefestigt, ist erst einmal die Sozialdemokratie an die Wand gedrückt, dann setzt sich die Sozialreaktion mit beschleunigtem Tempo und mit elementarer Wucht in Bewegung, und kein Stegerwald kann dann die sozialreaktionäre Lawine aufhalten, selbst wenn er und seine christlichen Gewerkschaften den verzweifelten Versuch dazu unternehmen würden.

Das Unternehmertum glaubt, dass jetzt seine Stunde gekommen ist. Die gros-

sen demokratisch eingestellten bürgerlichen Blätter, z.B. die "Frankfurter Zeitung" warnen, es sich mit den reaktionären Mächten zu verbinden, allein diese Warnungen, allein diese Warnungen stossen, wie man tagtäglich feststellen kann, auf taube Ohren. Nur ein durchschlagender Erfolg der Arbeiterklasse in dem gegenwärtigen politischen Ringen kann vielleicht das Unternehmertum zur Besinnung bringen. Einstweilen besteht die unleugbare Tatsache, dass, wie das Frankfurter demokratische Organ sagt, viele Funktionäre des Grosskapitals "bewusst scharf rechts" steuern. Sie treiben der Diktatur zu und glauben, durch die Anwendung von Gewalt der Unzufriedenheit Herr werden zu können.

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind in diesem Wahlkampf umgeben von einer Welt von Feinden. Sie stehen allein. Schon diese Tatsache zeigt, dass die Kursrichtung in Deutschland davon abhängt, wie die politisch und gewerkschaftlich freiorganisierte Arbeiterschaft den Kampf besteht. Verliert sie den Kampf, dann werden technischer und zivilisatorischer Fortschritt zu einer Geissel für das Proletariat, wie man jetzt bereits an den Auswirkungen der rein privatkapitalistisch orientierten Rationalisierung beobachten kann. Gewinnt sie den Kampf - dann und nur dann kann das Unternehmertum zu der Erkenntnis gebracht werden, dass die Erfüllung der an ihn gestellten Aufgaben es mit dem menschlichen Fortschritt und nicht mit dem menschlichen Rückschritt verbinden. Gewiss - darin hat das Frankfurter demokratische Blatt durchaus recht - die sozialen Ideen, denen die Massen anhängen, weisen nach vorwärts, und haben eine gewaltige Lebenskraft - während die zur Diktatur drängenden Kräfte das Rad der Geschichte nach rückwärts drängen wollen - und durch Richtungsgleichheit sind die Interessen eines wirklich modernen Unternehmertums auf weite Strecke hinaus mit denen der Arbeiterschaft verknüpft, allein darüber kann kein Zweifel bestehen, dass ein erfolg- und segensreiches Zusammenwirken zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zur Ueberwindung der furchtbaren Krise nur durch einen Sieg der Arbeiter in diesem Wahlkampf vorbereitet werden kann. Eine Niederlage der Arbeiter wird den Diktaturwahn, von dem bereits sehr starke Teile des Unternehmertums befallen sind, so steigern, dass gewaltsame Explosionen, Bürgerkrieg, Mord und Brand und damit furchtbare wirtschaftliche Verwüstungen unvermeidlich werden.

Nur ein Sieg der Arbeiter schafft Sicherheit für die grossen Grundpfeiler des sozialen Friedens: Arbeitslosenschutz, Arbeitsvermehrung, Arbeitszeitverkürzung und Stärkung der Kaufkraft durch ausreichenden Lohn. Jeder Versuch, den deutschen Proletarier auf Jahrzehnte hinaus zum Lasttier zu machen, muss zu Explosionen führen. Nur ein Sieg der Arbeiterklasse bedeutet daher wirtschaftlichen Aufstieg und Rettung des Reichs.

SPD. In München findet in der Zeit vom 16. bis 18. September eine Reichskonferenz der im Gesamtverband organisierten Reichs- und Staatsarbeiter sowie der in den Theatern, Varietés und Lichtspielhäusern beschäftigten Arbeitnehmer statt. Auf der Konferenz wird Severing über das Thema "Arbeiterschaft und Staat" sprechen. Ministerialrat Teck vom Preussischen Wohlfahrtsministerium wird die Stellung der Reichs- und Staatsarbeiter in der sozialen Versicherungsgesetzgebung beleuchten. Ferner ist ein Referat über Betriebsrätefragen vorgesehen.

Die Abteilung des Gesamtverbandes, deren Vertreter in München zusammen kommen, umfasst rund 50 000 Mitglieder.



Dietrichs Wahlparole.

Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. - Zerschlagung des Baumarktes.

SPD. Reichsfinanzminister Dietrich hat in einer Rede in Mannheim den Schleier gelüftet, der bisher über seinen Finanzplänen lag. Die bürgerliche Presse bezeichnet die Dietrichsche Rede als Wahlparole der Regierung. Wir müssen gestehen: was Dietrich in Mannheim vorgetragen hat, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Seine Pläne verkennen wirtschaftliche Notwendigkeit und missachten die sozialen Lebensbedürfnisse der Massen. Sie sind, um das Kind mit richtigem Namen zu nennen, eine glatte Kapitulation vor dem "Interessentenhaufen."

Wie will die Regierung nach Dietrichs Programmrede dem Kernproblem, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zuleibe rücken? Man hätte erwartet, dass der Reichsfinanzminister in Mannheim etwas über den Preisabbau gesagt hätte. Er zog jedoch vor, darüber zu schweigen. Die Arbeitsbeschaffung betrachtet er als ein Notbehelf. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft soll eine Reform der Arbeitslosenversicherung (durch Lostrennung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat, Beseitigung der Zuschusspflicht des Reiches und Einschränkung der Leistungen für verschiedene Berufe) und eine Senkung der Realsteuern mit Hilfe der Hauszinssteuer vorgenommen werden.

Für die Arbeitslosenversicherung soll in Zukunft, wenn es nach den Plänen des Reichsfinanzministers und der Reichsregierung geht, nur noch ein bei Beginn des Etatsjahres festzusetzender Zuschuss zur Verfügung gestellt werden, ohne Rücksicht auf das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die steigenden Verpflichtungen der Reichsanstalt. Die im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgesetzte Darlehenspflicht der Reichsregierung gegenüber der Arbeitslosenversicherung will man beseitigen und damit den Weg zu einem weiteren Leistungsabbau ebnen. Für die Landarbeiter und Bauarbeiter sollen - das geht deutlich aus den Dietrichschen Erklärungen hervor - wesentliche Verschlechterungen eintreten. Man will die Unterstützungssätze der Bauarbeiter, deren Arbeitslosenzeit heute längst keine Saisonercheinung mehr ist (40% aller Bauarbeiter müssten in den Sommermonaten feiern), abbauen. Die Notwendigkeit, die Bauarbeiter angesichts der schweren Krise auf dem Baumarkt in die Krisenfürsorge einzubeziehen, was die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften seit Monaten fordern, wird völlig ignoriert. Dagegen will man an der Schwelle eines harten Winters die trostlose Lage der Bauarbeiter noch weiter verschlechtern.

Regierung und Finanzminister wissen genau, dass durch die Weiterverschärfung der Krise, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und den fortdauernden Einnahmerückgang ihre Etatsvorschläge schon längst über den Haufen geworfen sind. Sie wissen, dass ein Ausgleich des öffentlichen Etats nur durch neue Mittelbeschaffung oder durch entscheidende Sparmassnahmen bei unnötigen und unproduktiven Ausgaben erzielt werden kann. Angesichts dieser Situation will die Regierung Steuern senken. Das haben die bürgerlichen Parteien ihrer Anhängerschaft, freilich unter völlig anderen Verhältnissen, versprochen. Jetzt machen die Regierungsparteien verzweifelte Anstrengungen um die Gunst der bürgerlichen Interessenten. So kommt 8 Tage vor der Wahl der grosse Trumpf: die Regierung verspricht eine Senkung der Realsteuern, der Gewerbesteuern und der

Grundsteuern, und zwar auf Kosten der Hauszinssteuer, d.h. auf Kosten des Wohnungsbaus.

Der Finanzminister erklärt, dass er dafür kämpfen wird, dass 400 Millionen Mark d.h. die Hälfte der staatlichen Wohnungsmittel für die Senkung der Realsteuern Verwendung finden. Die Hauszinssteuer bildet nun das Rückgrat der Baufinanzierung. Eine Herabminderung der Hauszinssteuermittel, wie sie die Regierung mit einem Schlage brutal vorzunehmen gedenkt, nur um die Forderungen der bürgerlichen Wählerschaft zu befriedigen, bedeuten nichts mehr und nichts weniger, als dass die Neubautätigkeit schätzungsweise um 100 000 Wohnungen pro Jahr verringert werden muss. Diese rücksichtslose Kürzung der Wohnungsbau-mittel muss zur Folge haben, dass die Beseitigung der furchtbaren Wohnungsnot und das Wohnungselend der Massen, wofür jetzt endlich nach der sich anbahnenden Senkung der Zinsen und Baukosten und durch Bereitstellung von Kleinwoh-nungen zu erschwinglichen Mietssätzen die äusseren Voraussetzungen gegeben zu sein scheinen, auf Jahre hinaus verschleppt und das Wohnungselend der Massen verewigt wird.

Die jährliche Kürzung der öffentlichen Zuwendungen muss die jetzige schwere Krise des Baumarktes zu einer Katastrophe steigern. Die Inangriffnah-me von Neubauten ist unter dem Drucke der Krise schon jetzt ausserordentlich zurückgegangen. Wenn jetzt durch die Kürzung der Hauszinssteuermittel die Grundlagen der heutigen Wohnungsbaufinanzierung erschüttert werden, so ist mit einem gewaltigen Anschwellen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in den Bau-stoffindustrien und schwerster Erschütterung der betroffenen Unternehmungen mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Wirtschaft zu rechnen. Bei der Vermin-derung der Bautätigkeit um 100 000 Wohnungen infolge des Hauszinssteueraus-falls würde sich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und seinen Lieferindustrien um mindestens 300 000 Bauarbeiter steigern. So sehen die Pläne der Reichsre-gierung aus. Durch Abbau der Leistung der Arbeitslosenversicherung, durch völ-lige Zerschlagung des Baumarktes will man die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Wirtschaft beleben!

Genau so verständnislos steht die Reichsregierung der Frage der Gemeinde-finanzen gegenüber. Die Gemeinden stehen durch die immer stärker anschwellende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen und die schwere Not der städtischen Massen vor den grössten Schwierigkeiten. Herr Dietrich will diese Probleme durch Re-vision der Gehaltsstatuten der Kommunen lösen. Der Finanzminister, der die wirklichen Ursachen der finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen genau kennt, versteigt sich zu der lächerlichen und rein demagogischen Behauptung, dass die Städte dadurch an den Rand des Bankrotts gekommen sind, dass sie Teile ihrer Beamtenschaft zu hoch besoldet hätten.

Diese Wahlparole der Reichsregierung, das Finanzprogramm Dietrichs ent-hüllt von neuem den reinen Interessentencharakter dieser Regierung, ihre Liebedienerei vor den Wünschen der bürgerlichen Gruppen, ihre Missachtung der dring-lichsten Lebensbedürfnisse der Massen und ihre Unfähigkeit gegenüber den Auf-gaben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Krise.

SPD-Reichskommissar Dr. Baade nahm am Freitag Gelegenheit, sich über die Roggenstützungsaktion zu äussern, die in den letzten Tagen eine scharfe Kri-tik erfahren hat. Dr. Baade wies u.a.darauf hin, dass der sich im laufenden Jahr ergebene Überschuss von 800 000 Tonnen nicht zum Schaden der Reichskasse exportiert werden solle, sondern der Verfütterung in Deutschland zugeführt werden müsse. Die Abgabe von Eosinroggen (d.i.Roggen, der durch Farbe kennt-lich gemacht ist und für die Viehfütterung verwendet werden soll) habe bis jetzt 300 000 Tonnen erreicht. Das erforderte einen Zuschuss von rund 20 Mil-lionen Mark, während der Export 40 Millionen gekostet hätte.

Auf jeden Fall haben die Schwierigkeiten beim Absatz von Roggen dazu ge-

führt, dass man, wie Dr. Baade ankündigte, den Futtergerstenzoll in solchen Fällen herabsetzen will, wo neben der ausländischen Futtergerste Eosinroggen verfüttert wird. U.E. wird die Kombination zwischen Eosinroggen und geringer verzollter Futtergerste die Bestrebungen, den deutschen Roggenüberschuss in Deutschland zu verfüttern, fördern. Im Rahmen der Schieleschen Politik, die durch die bedenkliche Kündigung des Finnlandvertrages, die Fleischverteuerung usw. gekennzeichnet ist, stellt der Entschluss, auf die schon früher von der Sozialdemokratie geforderte Verringerung des Futtergerstenzolls bei entsprechender Verfütterung von Eosinroggen zurückzugreifen, immerhin einen Lichtblick dar. Allerdings muss man abwarten, wie der Reichsernährungsminister Schiele diesen Beschluss durchführt. Die Erfahrungen, die wir mit dem gegenwärtigen Kabinett machen mussten, haben gelehrt, dass Ankündigungen noch nichts besagen wollen.

Wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, soll in Zukunft der Eosinroggen zu Marktpreisen verkauft und der Futtergerstenzoll, falls entsprechende Mengen von Eosinroggen verfüttert werden, von 12 auf 6 Mark herabgesetzt werden. Man muss abwarten, wie sich die Dinge auswirken. Der Produktenmarkt hat bis jetzt noch nicht darauf reagiert. Am Freitag hat an der Berliner Börse das an den Vortagen sehr stark gewesene Angebot von Terminroggen nachgelassen. In effektiver Ware blieb das Angebot dringlich. Die Stützungsstelle musste stark eingreifen. Auch am Freitag gelang es ihr, die Roggenpreise für effektive Ware mit 187 Mark zu behaupten.

SPD. Die Gasinteressen der Stadt Frankfurt a.M. sollen, wie unser Frankfurter Berichterstatter mitteilt, in einer Gesellschaft zusammengefasst werden. Nach Mitteilung des Vorstandes der Gasgesellschaft ist die Verwirklichung des Projekts soweit fortgeschritten, dass die Vorlage der entsprechenden Verträge in aller Kürze bei den zuständigen Stellen erfolgen wird. Das Grundkapital der neuen Gesellschaft (rund 33 Millionen Mark) wird sich restlos in den Händen der Städte Frankfurt und Offenbach befinden. Von der Frankfurter Gasgesellschaft sollen sämtliche Aktiven und Passiven einschliesslich aller Konzessionen und Leistungsverträge mit Ausnahme einiger Beteiligungen - u.a. der Rossenray-Kohlenfelder - eingebracht werden.

SPD. Wie das Stickstoffsyndikat mitteilt, betrug der Gesamtverbrauch an künstlichen Stickstoffdüngemitteln in Deutschland im Düngjahr 1929/30 rund 410 000 Tonnen Reinstickstoff gegenüber 430 000 Tonnen im Jahre 1928/29 und 390 000 Tonnen im Jahre 1927/28. Die Entwicklung kommt ohne Zweifel einer Sättigung des deutschen Marktes nahe. Der Verbrauch konnte nur durch eine bedeutende Preisermässigung gesteigert werden.

SPD. Der Absatz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats hat sich im Monat August gebessert und zwar wird der arbeitstägliche Versand mit 215 000 Tonnen angegeben gegenüber 201 000 Tonnen im Monat Juli. Auf das unbestrittene Gebiet entfallen 106 000 Tonnen (im Vormonat 102 000 Tonnen) und auf das bestrittene Gebiet 109 000 Tonnen (Vormonat 99 000 Tonnen).

Knapp gehaltene Spekulation.

(Börsenbericht für die Woche vom 1. bis 6. September)

SPD. Berlin, 6. Sept. (Eig. Ber.)

Die Börse konnte die verfllossene Woche mit Gewinn abschliessen. Wenn auch nur wenige Papiere stärkere Kurssteigerungen erzielten, so liegt das Durchschnittsniveau der Kurse doch über dem der Vorwoche. Nicht einmal die Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung vom Donnerstag, dass in diesem Jahr keine wirtschaftliche Besserung mehr zu erwarten sei (was ohne Zweifel bei vielen Gesellschaften zu einem völligen Dividendenausfall führen wird) konnte am Freitag das Kursgebäude ins Wanken bringen. Ganz leichte Ohnmachtsanfälle zu Börsenbeginn waren schnell überwunden. So erweckt die Börse den Eindruck ausserordentlicher innerer Festigkeit. Aber man darf die Dinge nicht überschätzen: es sind zum grössten Teil börsentechnische Momente, die diese Festigkeit hervorrufen, nämlich die laufenden Deckungskäufe der Baissespekulation, der die Banken kaum noch Aktienmaterial, es sei denn zu höheren Kursen, zur Verfügung stellen. Aber hier kann sehr schnell, vor allem im Zusammenhang mit politischen Ereignissen (Wahlausgang!), ein Wandel eintreten.

Die Spitze halten wieder einmal die Kaliaktien, weil hier die Baissespekulation besonders am Werke war und weil von den interessierten Banken stark kurstreibend operiert wird. So konnten die Salzdetfurthaktien um nicht weniger als 15 Punkte (von 315 bis 330%) anziehen. Mit ihnen stiegen Westeregeln um 12 Punkte (von 196 auf 208%) und Aschersleben um 10 Punkte (von 191 auf 201%).

Einen annähernd so hohen Gewinn erzielten am Elektromarkt die Aktien der Compania Hispano (Chade), die von 291 auf 301,5 Mark pro Stück anzogen. Alle übrigen Werte dieses Marktes blieben weit dahinter zurück, da bei ihnen nicht, wie bei Chade, ausländische Deckungskäufe erfolgten. Selbst Siemens waren mit 196,5 nach 193,5% nur um 3 Punkte gebessert und AEG mit ca. 138% völlig unverändert. Die in der Vorwoche so bevorzugten Felten und Guilleaume lagen mit 109 5/8 nach 113,5 wesentlich schwächer. Offensichtlich hat das allgemeine Interesse für die Werte der Elektroindustrie stark nachgelassen, wobei die Kündigungen in den Betrieben eine beachtliche Rolle spielen dürften.

Dagegen profitierten in geradezu typischer Weise die Akuaktien an den Deckungskäufen der holländischen Spekulation. Obwohl nirgends positive Anzeichen einer Besserung in der Kunstseidenindustrie zu erkennen sind, ist man allem Anschein nach in Holland wegen der Baissengagements ängstlich geworden. Die Folge der daraus resultierenden Käufe war eine Steigerung der Akuaktien von 78 bis annähernd 85%. Bamberg waren weniger fest, immerhin stiegen auch sie von 85 auf 89%.

Sehr tot lag dagegen der Montanmarkt, an dem nur hin und wieder einige rheinisch-westfälische Käufe zu beobachten waren. Allein Harpener Bergbau waren etwas lebhafter gesucht, so dass der Kurs den Paristand wieder überschritt. Sie stiegen von 97,75 bis 100,75%, eine ganz respektable Verbesserung für ein Montanpapier. Ihnen folgten Hoesch Stahl mit einer Erhöhung von 86 auf 88%. Phönix und Vereinigte Stahlwerke lagen dagegen so gut wie unverändert.

Nicht viel anders sah es an allen übrigen Märkten aus. Schiffahrts- und Bankaktien veränderten sich meist nur um Teile eines Prozentes, lediglich Reichsbankanteile lagen mit 252,5 nach 248,5% beachtlich höher. Völlige Stagnation herrschte dagegen in den Sprit- und Bauaktien; bei den Warenhauspapieren konnten lediglich Leonhard Tietz etwas stärker anziehen (von 133 bis 136,5%). Selbst das sonst so beliebte Spekulationspapier Polyphonwerke rührte sich kaum von seinem Vorwochenkurs von etwa 182,5%. Allein die Svenskaaktien (Schwedentrust) waren vom Auslande her gesucht und konnten im Laufe der Tage nicht weniger als 13 Mark im Preise anziehen.

Schliesslich sind noch von den festverzinslichen Werten die Vorzugsaktien der Reichsbahn zu erwähnen die sich um einen Punkt (auf 94 1/8%, d. h.

für ein festverzinsliches Papier beträchtlich) verbessern konnten. Daneben erfolgten zeitweise lebhaftere Umsätze in den alten mexikanischen Renten, die jedoch nur noch einen sehr kleinen Kreis interessieren dürften.

SPD. Die Brüningsche Preissenkungsaktion treibt neue Blüten. Bisher hat man für die versprochene Preissenkung den Reichswirtschaftsrat und die verschiedenen Wirtschaftsverbände herangezogen, ohne auch nur einen Zentimeter weiter zu kommen. Jetzt sollen die Länder helfen.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsrat an die Länderregierungen ein Schreiben gerichtet, das sich gegen die Preisfestsetzung für Mauersteine und Brennstoffe (Briketts, Koks, Steinkohle usw.) richtet. Es bestünden Befürchtungen, dass durch örtliche Kartelle und Vereinbarungen hier volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt hohe Preise festgesetzt und beibehalten werden. Der Reichswirtschaftsminister bitte, in eine Nachprüfung der Preisstellungen auf diesen Wirtschaftsgebieten einzutreten und entsprechend der Stellungnahme des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats darauf hinzuwirken, dass die wirtschaftlich überholte Preisstellung berichtigt oder die Preisbindung aufgehoben wird.

Wir wissen nicht, ob sich der Reichswirtschaftsminister von diesem Vorgehen selbst Erfolg verspricht, der wünschenswert und notwendig wäre. Wir befürchten aber, dass mit dem Schreiben an die Länderregierung wieder mal ein Teil der grosspurig angekündigten Aktion auf die lange Bank geschoben wird und verpufft.

Während alle Welt gegen die Preisbindungen redet, hat sich in der Motorradindustrie und im Motorradhandel ein "Ueberwachungsausschuss der Motorradwirtschaft" gebildet. Zweck des neuen Instituts ist, die Einhaltung bestimmter Preise (evtl. durch Revers) durchzuführen. Dem Ausschuss will man auch die ausländigen Produzenten anschliessen. Begründet wird das Vorgehen durch das Schleudern im Motorradhandel. Dieses Argument kennt man. Wir sind es gewohnt, dass der Handel immer da vom Schleudern spricht, wo die Konkurrenz billiger verkauft. Immerhin ist der neue Ueberwachungsausschuss eine Blüte seltsamer Art inmitten der Preissenkungsaktion.

SPD. Nach den Mitteilungen des Preussischen Statistischen Landesamts wurden im 1. Vierteljahr 1930 = 857 landwirtschaftliche Anwesen mit 36 800 ha Fläche versteigert. Das sind 309 Betriebe und 12 255 ha Fläche mehr als im vierten Vierteljahr 1929. Die Zwangsvollstreckungen entfallen der Fläche nach besonders auf Grossbetriebe. Zur Zwangsvollstreckung gelangt sind im Berichtsvierteljahr 43 Zwerg- und Parzellenbetriebe mit 37 ha Fläche, ferner 52 Klein- und 137 Mittelbauernanwesen mit 194 und 1528 ha, 133 Grossbauernwirtschaften mit 6510 ha, zusammen 322 Bauernbetriebe mit 8232 ha Gesamtfläche, endlich 83 grosse Güter mit 26 617 ha Gesamtumfang. Allein 135 Versteigerungen mit 11 529 ha kommen auf Ostpreussen, es folgen Brandenburg, Pommern und Niederschlesien. An Grossbetrieben sind in Ostpreussen 39 mit 8723 ha, in Pommern 22 mit 9269 ha und in Brandenburg 13 mit 6457 ha versteigert. Das sind 89,2% der zwangsversteigerten grossen Güter über 100 ha und 91,9% ihrer Gesamtfläche. Von den 133 der Subhastation verfallenen Grossbauernwirtschaften liegen in Ostpreussen 49 mit 2413 ha, in Brandenburg 22 mit 1182 ha und in Pommern 21 mit 990 ha.

Starkes Angebot in effektiver Ware.

(Berliner Getreidebörse vom 5. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag die Stimmung ruhiger. Nur in effektiver Ware lag nach wie vor reichliches Angebot an Weizen und Roggen vor, sodass die Stützungsstelle stark eingreifen musste, um die Preise zu halten. Dagegen war am Markte der Zeitgeschäfte das Angebot erheblich geringer. Das Material wurde auch hier anfangs zu unveränderten Kursen von der Stützungsstelle aufgenommen, konnte sich jedoch im Verlaufe der Börse merklich befestigen. Am Mehlmarkt zeigte sich keine Bewegung; die Stimmung blieb lustlos. Roggenmehl wurde um 0,25 Mark billiger, Weizenmehl unverändert angeboten, ohne dass grössere Umsätze zustande kamen. Auch der Hafermarkt hatte ruhige Tendenz. Kaufneigung zeigte sich nur für die knapp angebotenen guten Qualitäten, während für abfallende und mittlere Sorten die Stimmung matt blieb. Auch am Gerstenmarkt hat sich nichts geändert.

	4. September (ab märkische Station in Mark)	5. September
Weizen	248 - 253	246 - 251
Roggen	187	187
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industrierogerste	183 - 196	183 - 196
Hafer	176 - 189	176 - 189
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,75-36,75	28,50-36,50
Roggenmehl	25,65-28,00	25,50-28,00
Weizenkleie	9,15- 9,40	9,00- 9,25
Roggenkleie	8,40- 8,80	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 256-257 Brief, Oktober 257-258 Geld, Dezember 265-268, März 277. Roggen September 189-190, Oktober 190-191½, Dezember 199-201, März 210-212. Hafer September 170-171½, Oktober 171-174, Dezember 179½-181 Geld, März 188½.

Berliner Viehmarkt.

(5. September)

SPD. Der Wechsel im Angebot hält an. Während auf dem letzten Markt das Schweineangebot zu gross war, wurde am Freitag über nicht ganz befriedigenden Auftrieb geklagt. Der Markt wurde geräumt. Die Preise zogen durchweg an. Auf dem Hammelmarkt gab es bei einem Angebot, das grösser hätte sein können, ebenfalls Preiserhöhungen. Weidemasttiere wurden mit den letzten Preisen bezahlt. Der Handel auf dem Kälbermarkt gestaltete sich glatt bei anziehenden Preisen. Auf dem Rindermarkt waren besonders Stallmasttiere knapp. Die Preise zogen im allgemeinen an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
 Kühe: a) 45-51 (voriger Markt 43-49), b) 39-43 (37-41), c) 33-37 (31-35), d) 27-30 (25-28), Kälber: a) (-), b) 73-82 (72-80), c) 70-81 (68-80), d) 58-65 (56-63), Schweine: a) (über 300 Pfund) 61-62 (58), b) (240-300 Pfund) 62-64 (60-64), c) (200-240 Pfund) 63-65 (63-64), d) (160-200 Pfund) 62-64 (61-64), e) (120-160 Pfund) 60-62 (58-61), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 54-55 (53-54).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 5. September 1930

Kampf mit Ratten.^x

SPD. Pünktlich um 12 Uhr mittags drückte der Natschkanz (der Kanzlei-vorsteher) wie gewöhnlich auf den Knopf der elektrischen Klingel und sagte zur Pförtnerin, die an der Schwelle stehen blieb: "Seien Sie doch so gut, Genossin Babuschkin, und bringen Sie mir ein Glas Tee, aber so stark als möglich... und zwei Butterbrote... aber keine von Ratten angebossene!"

"Ach, diese Ratten sind nicht mehr da!" lächelte breit die Pförtnerin.

"Waas?" Der Natschkanz sprang auf seinem Stuhle hoch. "Sind nicht mehr da? Was heisst das?"

"Nun, sie sind nicht da... Sie sind alle ausgerissen. Einige wurden auch totgebissen..."

"Wohin sind sie ausgerissen? Wer hat totgebissen?"

"Der Kater... Ich habe einen Kater auf sie losgelassen, und da hat er sie... und die Ratten sind ausgerissen, aber wohin - das weiss man nicht... Man sieht jetzt auch nicht eine einzige mehr..."

Der Natschkanz sprang auf, blieb einige Minuten lang wortlos stehen und schnappte mit offenem Munde nach Luft, wie ein ans Ufer geschleudertes Fisch. "Einen Kater... haben Sie losgelassen?" stöhnte er schliesslich voll Verzweiflung.

"Nun, ja... Sie haben doch selbst gesagt, dass uns die Ratten keine Ruhe lassen. Hinlegen konnte man nichts. Selbst Papier frassen sie, und für Ratten weiss nur ein Kater Rat".

"Aber wer hat Ihnen gestattet?" piepste mit unnatürlich dünner Stimme der Natschkanz. "Wie konnten Sie sich das erlauben? Wissen Sie denn nicht, dass wir gestern von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens über die Frage des Kampfes mit Ratten beraten haben?" Er schwieg eine Weile, beugte sich dann zur Pförtnerin vor und sprach weiter mit pfeifendem Gefflüster: "Wissen Sie auch, unglückliches Weib, dass dort der Genosse Obervorsteher ein Referat über die Ratten gehalten hat, und dass er sich für dieses Referat zwei Wochen lang vorbereitet hatte? Er hat den Brehm durchstudiert und hatte Verse des Dichters Zukowski über einen von Mäusen aufgefressenen Bischof Hatto auswendig gelernt. Wissen Sie, dass man einstimmig beschlossen hat, den Genossen Samsaw (Obervorsteherstellvertreter) ins Ausland zu delegieren, um dort die neuzeitlichen Methoden der Rattenvertilgung kennen zu lernen, und auf der Stelle eine ständige Kommission mit einem entsprechenden Wirkungskreis einzusetzen, die über die Ausführung der Beschlüsse wachen sollte? Und sie - einen Kater! Diese vorbedachte Erschwerung der Arbeit ist... ist - weiss der Teufel, was!"

Die Pförtnerin wich bestürzt zurück und stotterte verstört: "Sie haben aber doch selbst gesagt - dass sie uns keine Ruhe lassen. Da habe ich eben-gedacht..."

Der Natschkanz fasste sich an den Kopf und stöhnte: "Gedacht! Gedacht! Hatten Sie denn ein Recht, so zu denken? Die Arbeit ging so nett vor sich. Man hat beraten, man hat eine Kommission gewählt, man hat die Delegierung beschlossen, und sie lässt einen - Kater los! War denn im Budget ein Kater vorgesehen; ist im Etat von ihm die Rede? Wenn Sie die Absicht hatten, in dieser Frage dem Institut zu helfen und ein konkretes Projekt vorzuschlagen, dann hätten Sie

sich vor allem mit der entsprechenden vorgesezten Stelle ins Benehmen setzen müssen. Und sie - eins, zwei, drei und basta! Hier bearbeitet man ernsthafte Vorbeugungsmittel, und sie lässt - hat man schon so etwas gesehen - einen Kater los! Sie würden auch noch einen Löwen vom Berge Atlas oder einen bengalischen Tiger loslassen! Wir sind, werte Genossin, ein Institut und kein Zoologischer Garten! Schön würden wir ausschauen, wenn hier plötzlich der Kontrolldelegierte erscheint und diesen Kater erblickt! Ein Institut - und hier plötzlich ein Kater! Man könnte platzen vor Lachen."

"Wenn es so ist, dann kann man ja den Kater wegbringen..." stotterte schüchtern die Pförtnerin.

Der Natschkanz fiel mit dem Ausdruck endgültiger Verzweiflung auf den Stuhl zurück und schrie: "Sie begreift nicht! Sie begreift auch nicht im mindesten! Da kann man doch mit dem Kopf gegen die Wand rennen. Nun, schön, den unglückseligen Kater kann man bringen, wie Sie sich ausdrücken. Nehmen wir das einmal an! Aber wo sind die Ratten? Wo sind die Ratten, frage ich?"

Die Pförtnerin schwieg und zupfte verstört am Zipfel ihrer Schürze.
(Aus dem Russischen von Leo Koszella.)

Das Hauptquartier der Wahlschlacht.^x

SPD. Kein livrierter Boy bedient die Drehtür dieses grossen Hotels am Kurfürstendamm in Berlin; keine komfortablen Ledersessel laden im Foyer zu geruhigem Verweilen ein, und kein sprachkundiger Herr im Cut verbeugt sich vor dem Besucher am Empfangsschalter...

Das ist das Hotel "Cumberland" - gewesen. Heute sieht der Riesenbau etwas öde und verlassen aus mit seinen nutzlos gähnenden nummerierten Briefschlitzen hinter dem Portiertisch, an deren Haken die Zimmerschlüssel fehlen, mit seinen sparsam beleuchteten Repräsentationsräumen und den endlosen Korridoren, durch die einstmals die elegante Welt aller Nationen, zierliche Zimmermädchen und geschäftige Kellner eilten. Auf den Karten unter den vielen hundert Zimmernummern stehen die Namen und Titel ihrer gegenwärtigen Bewohner: Regierungsräte, Rechnungsräte, Sekretäre, Antsdienner. Und wo ehemals der Name des Hotels zu lesen war, ist jetzt eine Tafel mit dem Reichsadler angebracht; und darunter steht: "Statistisches Reichsamt".

In den kommenden Tagen und Wochen wird dieses Haus, in dem die nüchternste Behörde Deutschlands untergebracht ist, zu ganz besonderer Bedeutung gelangen: denn es ist die Zentrale aller Dinge, die mit dem 14. September zusammenhängen; es ist das Hauptquartier der Wahlschlacht, der Sitz des Reichswahlleiters. Wie stets seit Bestehen dieses Amtes, das heisst seit den Wahlen zur Nationalversammlung 1919, ist sein Inhaber in Personalunion mit dem Direktor des Statistischen Reichsamtes. Bis 1924 war es Delbrück, und seitdem hat Professor Dr. Jagemann beide Funktionen ausgeübt - sehr zur Zufriedenheit der Behörden und der Öffentlichkeit, denn über die Tätigkeit im Haus am Kurfürstendamm konnte keiner klagen, weder auf der Rechten noch auf der Linken.

Ein Gespräch mit Herrn Dohrmann, dem Vorsitzenden des Wahlleitungsbüros und ersten Adjutanten des Professors, ergibt ein ganz anderes Bild von der hier zu leistenden Tätigkeit, als es sich der Uneingeweihte zu machen pflegt. Hier gibt es keine komplizierten Zählmaschinen für Stimmzettel, keine Waschkörbe zur Aufnahme der vielen tausend Zentner Papier, keine Dutzende von Telefonapparaten zur Verbindung mit den Wahllokalen. In Wirklichkeit ist die Wahlorganisation im besten Sinne dezentralisiert. In 68 000 Stimmbezirke ist das ganze Reich aufgeteilt; die Magistrate, Stadt- und Landkreise stellen das Ergebnis der Wahl in ihren Stimmbezirken fest, die 35 Wahlkreise Deutschlands

melden das Resultat dem Reichswahlbüro, und hier wird dann die endgültige Zählung vorgenommen, die Zahl und Verteilung der Stimmen auf die Abgeordneten und Mandate festgestellt. Aber auch diese Arbeit ist schon so umfangreich, dass 43 Stunden pausenloser Tätigkeit dazu erforderlich sind: vom 14. September, 5 Uhr nachmittags, bis zum 16. September, 12 Uhr mittags, muss die Hauptsache geschaffen werden! An Schlaf oder Ausruhen ist für Herrn Dohrmann und seine Mitarbeiter während dieser Zeit nicht zu denken. Dabei werden von hier aus nicht einmal Auskünfte über die Ergebnisse der Wahlen erteilt; Journalisten und andere Neugierige müssen sich von der Reichspressestelle Bescheid holen, die durch eine eigene Telefonleitung mit dem Reichswahlbüro in Verbindung steht.

Wenn das endgültige Wahlresultat erst 12 Tage später feststeht, so hat dies noch ganz besondere Gründe. Bei der letzten Reichstagswahl wurden 428.000 Stimmzettel, also 1,3 %, abgegeben, deren Gültigkeit umstritten war. Laut Gesetz ist nämlich jeder Stimmzettel, der ausser dem Kreuz neben dem Parteinamen den geringsten Zusatz enthält, von der Zählung auszuschalten und dem Reichswahlleiter zur Prüfung einzusenden. Hier kommt er in eine der Mappen, die nach Art der Zusätze etikettiert sind, und ein regelrechtes Komitee entscheidet über die Gültigkeit. Man sollte es nicht für möglich halten, wieviele Dumme es gibt, die der Meinung sind, ausgerechnet auf dem Stimmzettel ihrer Begeisterung oder ihrem Hass für oder gegen bestimmte Parteien besonders wirkungsvollen Ausdruck verleihen zu sollen! 80 % der Wähler, die sich so eine Extrawurst braten, tun dies, indem sie ihren Zettel bewusst ungültig machen: durch Ueberkreuzen des ganzen Stimmzettels oder durch Abgabe eines überhaupt nicht angekreuzten Zettels, was wohl heissen soll: mir sind alle Parteien gleich zuwider; ich kann mich für keine entschliessen. Solche Wähler sind noch am harmlosesten, denn sie stellen sich wenigstens auf den Boden der Verfassung und wollen ihr Einverständnis mit der Wahl aus politischem Akt ausdrücken; wenn sie auch das System unserer heutigen Parteien nicht gelten lassen wollen. Eine schlimmere Sorte sind jene Mitbürger, die sich vor lauter Enthusiasmus für ihre Partei gar nicht fassen können und alles Mögliche dazuschreiben: "Heil Hitler!" oder "Rot Front!", oft mit Hakenkreuz oder Sowjetstern verziert. Andere wieder legen den ausgeschnittenen Wahlleitartikel ihres Leibblattes bei, bedichten die Rückseite des Zettels mit lyrischen oder satyrischen Versergüssen, malen die Karikatur des Gegenkandidaten oder des Gemeindevorstehers auf das geduldige Papier.

Allen diesen Wählern sei gesagt, dass sie ihrer Partei und dem Reich einen schlechten Dienst erweisen; denn solche Stimmzettel sind von vornherein ungültig und werden - ausser in besonders "leichten" Fällen - nicht gezählt. Am bedauerlichsten aber ist es, dass dem Reiche durch die notwendige Einforderung, Prüfung, Berichterstattung dieser Zettel ganz unnötige, sehr hohe Kosten entstehen; die Durchführung der Wahlen würde nur einen Teil der Spesen verursachen, wenn derartige "Wählerscherze" nicht vorkämen!

So ist also auch das Reichswahlbüro in der Reihe derer zu finden, die einer besonderen Wunsch an den Ausfall der Wahlen knüpfen. Und dieser Wunsch ist wohl leicht zu erfüllen; nicht mehr ist dazu erforderlich als ein wenig Nachdenken, eine kleine Portion guten Willens und das Bewusstsein der ernststen Verantwortung, die am Tage der Wahl auf jedem Staatsbürger ruht.

Egon Larsen.

Der Völkerbund tagt.^x

SPD. Wer kann sich in Deutschland eine Stadt ohne Wohnungsnot vorstellen? In Genf werden mit Aufwand von viel Reklame mehr Wohnungen angeboten, als in einer Stadt gleicher Grösse in Deutschland gesucht werden. Und gerade Genf hat eine Raumnot, die ausgerechnet seiner wichtigsten Einrichtung gilt. Für die Voll

versammlung des Völkerbundes ist kein geeigneter Saal da. Man hat sie 10 Jahre lang im Reformationssaal abgehalten, aber niemand fand die Zustände dort besonders befriedigend. In diesem Jahre nun findet die Tagung zum ersten Male in einem anderen Saale statt. Die Stadt Genf hat ihr "Bâtiment électoral", einen Monumentalbau am schönsten Platze gegenüber der Universität, zur Verfügung gestellt, in dem sonst die Wahlen zu den Regierungskörpern des Kantons und des Bundes stattfinden. Bis zur Fertigstellung des neuen Völkerbundspalastes, mit der trotz aller optimistischen Versicherungen der Architekten nicht vor 1935 gerechnet werden kann, sollen nun die Vollversammlungen und die Internationalen Arbeitskonferenzen in diesem Hause stattfinden. Im Park "Ariana", dem grossen Baugelände des neuen Palastes, sind bisher nur einige Vermessungsposten und kleine Gräben zu sehen, aber vom Beginn nennenswerter Erdarbeiten ist noch lange keine Rede.

Das "Bâtiment électoral" ist ein grosser, moderner Bau mit etwa einem Drittel mehr Raum als der Reformationssaal. Man hat in den grossen Saal einen geräumigen Sitzungsraum aus Holz und Asbest für die Delegationen eingebaut, dazu aufsteigende Diplomatenlogen im Hintergrund und terrassenförmige Ränge für das Sekretariat und die Sachverständigen der Delegationen. Vor all dem erhebt sich ein doppelter Aufbau im Stile unsrer Parlamente für den Vorsitzenden und das Präsidium. Die Presse besetzt die Emporen zu beiden Seiten vorn, während der Hintergrund der Galerie nicht eben übermässig viel Platz gewährt für die Vertreter der Völkerbundsorganisationen und das Publikum. Wer die engen Verhältnisse im Reformationssaal kennt, ist von den grossen Vorzügen dieser Neuordnung sofort beim Eintritt in den Saal überzeugt. Hier also wird die interessanteste weltpolitische Debatte dieses Jahres geführt werden, nämlich über das Schicksal einer engeren europäischen Zusammenarbeit.

+ + +

Das zentrale Opiumkomitee hat noch rasch vor der Versammlung seine Statistiken geprüft und einige vorsichtige Berichte über seine Arbeiten herausgegeben. Die wichtigste Frage, nämlich die, welche Länder nun eigentlich zu grosse Vorräte und einen zu grossen Verbrauch haben, konnte natürlich wiederum nicht beantwortet werden. Aus allen Ziffern ergibt sich jedoch klar, dass ausser Opium alle anderen Rauschgifte seit den obligatorischen Berichten der Genfer Konvention abgenommen haben, und dass ein beträchtlicher Teil der Umsätze in den illegalen Handel abgedrängt worden ist. In Deutschland interessieren sich herzlich wenige Leute für die Opiumfrage. Dafür ist sie aber umso wichtiger für England und Amerika. Wenn man nur weiss, dass England aus seinem Opiumgeschäft jährlich etwa ein Drittel der Unkosten für seine Kolonien deckt und in U.S.A. infolge des Alkoholverbotes der Verbrauch von Rauschgiften immer mehr überhand nimmt, so begreift man dieses Interesse ohne weiteres.

In den Opiumkommissionen dominiert natürlich England. So wird sehr viel von Heroin, Cocain, Haschisch und Morphinum geredet, deren Verbrauch die englischen Opiuminteressen schädigt, und es scheint dem Zuhörer dieser Aussprachen manchmal so, als ob alles Rauschgiftelend in der Welt nur von diesen Drogen allein herkomme. Daher hat ja auch einmal ein amerikanischer Bischof eine solche Konferenz unter Protest verlassen und die ganze Behandlung der Frage als Schwandel erklärt. Dieser gute Bischof wusste wahrscheinlich nicht, dass in seinem so frommen Lande die Alkoholschmuggler den Kampf gegen die anderen Rauschgifte finanzieren, damit die Leute nicht schnupfen oder spritzen oder rauchen, sondern lieber recht viel Alkohol vertilgen sollen.

Herr Lyall ist ein sehr liebenswürdiger Herr, mit der Verbindlichkeit und dem Humor des Engländers. Er hat ein Leben lang in Zollverwaltungen gesteckt und kennt die Kniffe des legalen und des illegalen Handels. Herr Lyall ist Präsident der Zentral-Opium-Kommission. Er meint es gewiss ernst mit seiner Aufgabe. Aber bei all seinem Bemühen muss er mit der Resignation des Wissen- den allen Fragen der versammelten Journalisten entgegenhalten, dass nur einige

Hoffnung bestehe auf bessere Ergebnisse der Kontrolle von Anbau, Herstellung und Handel mit Rauschgiften. Was mit anderen Worten besagt, dass Geschäft über Moral geht, solange diese Gesellschaftsordnung mit ihrer Profitgrundlage besteht

Wo liegt eigentlich Kuba? So ganz sicher wissen das beträchtlich viele Zeitgenossen nicht. Man kennt vielleicht Havannah=Zigarren oder hat schon mal was von Rebellionen auf dieser Insel gehört, aber dass dieses Land nachhaltig in die internationale Politik eingreifen könnte, lag doch wohl nicht so ohne weiteres im Vorstellungsbereich der meisten Europäer. Nun aber hat gerade Kuba die Inkraftsetzung der Revision des Statuts des Internationalen Gerichtshofes in Haag durch seine jüngst veröffentlichte Note aufgehalten. Wieder einmal ist es ein lateinamerikanischer Staat, der dem Völkerbund eine harte Nuss zu knacken gibt, wie ja auch seinerzeit Brasilien den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund um ein halbes Jahr verzögert hat. Man muss sich bei solcher Wiederholung an die einfache Tatsache erinnern, dass eben jedes Land im Völkerbunde seine politischen Interessen zu fördern sucht. Das wirtschaftlich unentwickelte Brasilien sah damals in Deutschlands ständigem Ratssitz eine Bedrohung des Interesses an einer Unterstützung der Entwicklung Südamerikas: Kuba sieht ähnlich in gewissen Bestimmungen des Revisionsprotokolls eine Vorherrschaft Europas, die sich bei der möglichen Entscheidung von Streitfällen ungünstig für die aufstrebende Inselrepublik auswirken könnte.

In allen Phrasen von "nächsten Zielen der deutschen Aussenpolitik" fehlt so verhängnisvoll jedes Wort über die andere Seite, gegen die oder mit der diese Ziele verwirklicht werden müssen. Wenn man sich nur einige Minuten abseits vom Wahlkampf einmal wenige Züge internationaler Beziehungen in all ihrer Kompliziertheit durch den Kopf gehen lässt, dann weiss man sehr schnell zwischen Schlagwort und Praxis zu unterscheiden.

Monolog eines Staatsparteilers.

Also so quasi, gewissermassen - die Sache ist nämlich die -
Wir von der neuen Partei stehen hier:
Erstens Jungdo: "Gut deutsch allewege" -der sich nun endlich ent-/
Mitsamt den Herren Führern -Mhraun und Genossen /schlossen,
Politisch zu werden, mit leisen Füßen
Sich der rechten Partei mutig anzuschliessen.
Allerdings mussman vor allen Dingen,
Vorher Verschiedenes in Ordnung bringen.
Erst kommt der Name und dann die Tat,
Und da meckert schon jemand von Plagiat.
Ihm wär' der Einfall schon längst gekommen,
Er hätt' auf den Namen D.R.P. genommen!
Doch nichtsdestotrotz, wir ham ein Programm,
Und darauf kommt's an! - - -

Wir stehn in der Mitte und schwören zu retten
Die Heirat aus klirrenden Soziketten.
Da steht die Gefahr - der Feind steht links!
Wir fühlen uns ja sooo -und es bedarf eines Winks,
(Für uns schlagen ja so viele Herzen),
Um die verflixten Roten zu stürzen!

Wir haben zu Rat und zu Tat uns verbunden
Und endlich die richtige Linie gefunden.
Und nur auf eines kommt es noch an:
Wer ist der Führer - der starke Mann?
Es (Mah-) raunt ein Stimmchen ganz leis durchs Land
Vom Koch an der Weser hell leuchtendem Strand,
Ansonst von Ministern und allerlei Leuten - -
(Und ich Wähler, ich weiss nicht, was soll es bedeuten?)
Inzwischen brodeln und gluckert der Brei
Und kocht sich gemütlich zur Staatspartei,
Von allem, was edel und löblich, beseelt - -
Und Deutschland ruft selig: Die hat uns gefehlt!
Der Stein der Weisen - nur ist er da! - - -
(Bisher war's zwar stets ein Reinfall, aber diesmal - - na ja! - - -)
Walter Schirmeier.

SPD. Eine Spinne, die Fische fängt.^X Einen seltsamen Fischräuber gibt es in Natal (Südafrika). Der Entdecker dieses Tieres gibt von ihm eine sehr anschauliche Beschreibung. Die Spinne, die mit ausgestreckten Beinen 7 bis 8 cm lang ist, fasst auf einem Stein im Wasser Posten. Mit 2 von ihren 8 Beinen hält sie sich an dem Stein fest. Der Körper und die anderen 6 Beine liegen auf dem Wasser, die Beine weit ausgestreckt, sodass sie eine ganz beträchtliche Fläche überdecken. Man sieht, wie sie kleine Eindrücke auf der Wasserfläche hervorrufen, ohne doch das Wasserhäutchen zu durchbrechen. Der Kopf wird etwa im Mittelpunkt des von den Beinen umgrenzten Gebietes nahe an der Wasserfläche gehalten. Als nun ein kleiner Fisch, der immerhin mindestens viermal so schwer war wie die Spinne, unter deren Beinen hindurchschwamm, sah der Beobachter, wie die Spinne einen plötzlichen Tauchsprung machte. Kopf und Körper gingen ganz unter Wasser. Mit erstaunlicher Geschwindigkeit wurden die Beine um den Fisch geworfen, und die mächtigen Fänge durchbohrten seinen Körper. Die Spinne zog dann ihre Beute sofort auf den Stein und fing an, sie zu verzehren. Nach kurzer Zeit war nur noch die Rückengräte übrig.

SPD. Beeinflusst der Funk das Wetter?^X Nicht nur von Laien, sondern auch von meteorologischen Fachleuten ist in letzter Zeit wiederholt die Vermutung ausgesprochen worden, dass das Radio einen Einfluss auf das oftmals unnormale Wetter der letzten Jahre - verregnete Sommer und milde Winter - ausgeübt habe. Diese Vermutung hat zu eingehenden Untersuchungen über Zusammenhänge zwischen Funken und Wetterbildung geführt. Das Studium von Wetterberichten aus früheren Zeiten, die bis zu 100 Jahren zurückliegen, hat jedoch zu dem Ergebnis geführt, dass unnormale Witterungserscheinungen auch in früheren Jahrzehnten, als das Radio noch unbekannt war, genau so häufig und in gleichem Ausmass vorgekommen sind wie in jüngster Zeit. Im Vergleich zu den grossen Mengen elektrischer Energie, die bei Gewittern in der Atmosphäre zerstreut werden, sind ja auch die Aetherschwingungen der Radiosendung - selbst in Anbetracht der Wirksamkeit sämtlicher Funkstationen der Erde - so minimal, dass ein Einfluss der Radiowellen auf das Wetter sich kaum jemals geltend machen kann.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

24. Tag. V. Klasse. Vormittagsziehung vom 5. September.

2 Gewinne zu je 5 000 Mk.	198208						
12 Gewinne zu je 3 000 Mk.	44258	56684	70904	230380	296978	392380	
10 Gewinne zu je 2 000 Mk.	35389	60711	81005	240048	395637		
34 Gewinne zu je 1 000 Mk.	8099	17285	20323	36452	39142	79234	
	86478	97068	105686	132491	157237	200128	
	202589	214501	239107	287030	364476		
114 Gewinne zu je 500 Mk.	5055	5737	8468	20565	24275	37731	
	39881	45418	69563	70231	75513	78258	
	83472	116449	120263	127570	133018	143944	
	146632	148278	173484	196555	220504	229447	
	230388	230627	230905	240168	242488	260557	
	262949	281577	297517	301694	303476	309555	
	309960	311953	314617	314983	315086	320790	
	332162	337947	339627	341335	342807	348964	
	359732	362120	365059	369029	372581	372845	
	377314	388370	391584				
236 Gewinne zu je 300 Mk.	4270	5414	7230	13518	14676	16784	
	19141	22063	30682	31963	34621	39473	
	41295	41979	42178	42707	53497	64770	
	67954	69055	73718	74447	77781	81594	
	82257	83857	85853	92437	93072	93735	
	94965	95443	95988	97451	104745	106758	
	107494	115659	123875	124485	124951	127605	
	132316	133471	135186	144120	144806	147228	
	152723	153735	159351	159518	167111	173523	
	174828	180290	187223	187521	193467	199487	
	199703	202117	203012	206400	214406	218188	
	220137	222535	223907	224646	226526	227343	
	235598	235791	241237	242077	242518	248784	
	248797	250252	251353	252077	252943	260284	
	261737	267248	267812	268621	277952	278084	
	283302	283510	284692	286450	290783	290825	
	298934	300621	301152	303069	303290	303766	
	308292	308541	309735	314808	316050	318884	
	325038	329282	330601	333409	342250	344018	
	344209	354849	382771	394047			

24. Tag. V. Klasse. Nachmittagsziehung vom 5. September.

4 Gewinne zu je 5 000 Mk.	124336	354160					
8 Gewinne zu je 3 000 Mk.	146921	267548	374480	375253			
8 Gewinne zu je 2 000 Mk.	86204	94373	194170	366165			
34 Gewinne zu je 1 000 Mk.	3640	32556	54921	55570	83639	135331	
	156313	161976	214456	214951	230731	241146	
	273849	317327	349888	350975	383373		
92 Gewinne zu je 500 Mk.	12839	15456	19087	37810	41532	72091	
	81086	87992	88912	95304	97093	99404	
	106366	112985	113232	114712	115463	116700	
	116809	120257	126562	133705	136188	145245	
	155419	177938	182434	187711	193040	193872	
	199181	225284	240431	241419	267639	296563	

	298844	308795	318616	336836	338187	351572
	360384	368497	372884	382585		
208 Gewinne zu je 300 Mk.	1518	2070	4870	9663	11208	12792
	18712	19079	19133	19393	21625	21828
	24540	30362	32393	36948	41952	44107
	44914	47237	48441	51021	56885	60016
	63459	69670	70235	73892	78635	79661
	80179	85520	89337	90255	95085	102135
	105062	108151	110655	127075	131439	133123
	135437	136043	141648	143918	147621	149406
	149875	153354	156601	156860	158865	161830
	163652	165582	178248	178485	180093	187323
	198952	200168	205469	213395	214042	218483
	227251	235270	244739	245879	251065	251145
	259160	260570	273900	284916	298753	301711
	303624	307811	310402	314011	314086	325351
	326283	327105	327483	334797	334822	337071
	337410	338511	343327	345403	347134	355570
	359805	365295	369417	373631	374070	385155
	389207	397612				

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	6 Gewinne zu je 25 000 Mk.
18 Gewinne zu je 10 000 Mk.	26 Gewinne zu je 5 000 Mk.
62 Gewinne zu je 3 000 Mk.	148 Gewinne zu je 2 000 Mk.
320 Gewinne zu je 1 000 Mk.	740 Gewinne zu je 500 Mk.
1970 Gewinne zu je 300 Mk.	

SPD.